

BUCHBESPRECHUNGEN

Decker, Frank: *Parteiendemokratie im Wandel* (Harald Bergsdorf)..... 459

Edinger, Michael / Jahr, Stefan (Hg.): *Political Careers in Europe* (Patrick Horst)..... 460

Graham, Matthew: *The Crisis of South African Foreign Policy* (Ulrich van der Heyden)..... 463

Guérot, Ulrike: *Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie* (Werner Müller-Pelzer)..... 464

Hofmann, Wilhelm / Martinsen, Renate (Hg.): *Die andere Seite der Politik* (Felix Heidenreich)..... 466

Hornung, Klaus: *Freiheit oder Despotismus* (Hans Otto Seitschek)..... 467

Maaß, Kurt-Jürgen (Hg.): *Kultur und Außenpolitik* (Arnold Köpcke-Duttler)..... 469

Mason, Paul: *Postkapitalismus* (Hans-Martin Schönherr-Mann)..... 470

Müller, Jan-Werner: *Was ist Populismus?* (Armin Pfabl-Traugbber)..... 474

Pies, Ingo / Leschke, Martin: *John Maynard Keynes' Gesellschaftstheorie* (Christian E. W. Kremser)..... 475

Piketty, Thomas: *Die Schlacht um den Euro* und ders.: *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (Bernd M. Malunat)..... 478

Rüther, Günther: *Die Unmächtigen* (Christoph Böhr)..... 480

Schönwälder-Kuntze, Tatjana: *Philosophische Methoden* (Hans-Martin Schönherr-Mann)..... 483

Seubert, Harald: *Philosophie. Was sie ist und sein kann.* (Peter Cornelius Mayer-Tasch)..... 484

Frank DECKER, *Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zu Theorie und Empirie*, Baden-Baden: Nomos, 2015, 265 S., € 34,00

Frühzeitig befand Karl Dietrich Bracher: »Der Zustand der Parteien und des Parteiensystems sagt über den Zustand des politischen Systems mehr aus als alle formalen Betrachtungen von Verfassungen und Institutionen, mit denen Juristen und Philosophen die Staaten zu definieren und zu kategorisieren suchen.« Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, die aktuelle Entwicklung der Parteienlandschaft zu analysieren.

Dem widmet sich Frank Decker. Bevor er die relevanten Parteien der Bundesrepublik porträtiert und die Parteienlandschaft als solche untersucht, definiert und typologisiert er Parteien. Daraufhin skizziert Decker Hauptmerkmale einer Parteiendemokratie und diskutiert Kritik an ihr. Erstaunlich wirkt hierbei Deckers Befremden über das »Understatement des Artikel 21, wonach Parteien an der politischen Willensbildung »mitwirken««. Im Widerspruch dazu begrenzen in der politischen Praxis u. a. Internet, (un-)soziale Medien, Interessenverbände und Bürgerinitiativen den Einfluss der Parteien, die heute (außer der Linkspartei) über keine parteieigenen oder -nahen Tageszeitungen verfügen.

Gerade auch der Parteeinfluss in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist heute gemeinhin geringer als vielfach unterstellt – und auch transparenter als die Mitwirkung sogenannter »unabhängiger Experten« in Rundfunkgremien. Ohnehin lassen sich manche Journalisten von Parteien fördern, ohne sich ihnen verpflichtet zu fühlen. Insbesondere auch der missionarische Eifer einiger Journalisten provoziert parteipolitische Versuche, Einfluss auszuüben. Die SPD verfügt auch deshalb bis heute über Anteile an wichtigen Tageszeitungen, die damit aber nicht zu lupenreinen Parteiblättern mutieren.

Engagiert verteidigt Decker die Parteiendemokratie gegen überzogene Kritik und altdeutsche Parteienverachtung, die derzeit wieder wuchert. Damit unterscheidet sich seine Haltung wohlthuend von der opportunistischen, destruktiven und undifferenzierten Parteeinzelnen, die einst u. a.

Richard von Weizsäcker und Hans-Herbert von Arnim verbreiteten. Um den Einfluss der Parteien auf das Amt des Bundespräsidenten zu verringern, plädiert Decker dafür, das »bestehende Wahlverfahren durch eine Direktwahl zu ersetzen«. Freilich dürften Wahlkämpfe um das Amt des Bundespräsidenten – statt einer Wahl durch die Bundesversammlung – den Einfluss der Medien gegenüber gewählten Politikern erhöhen.

Bei der Kandidatenaufstellung für eine solche Direktwahl sollten, so Decker, die Parteien mehr die Persönlichkeit der Bewerber berücksichtigen als deren Parteizugehörigkeit. Doch die Anforderungen, die das überparteiliche Amt des Bundespräsidenten stellt, sind eminent politisch. Umso bedeutsamer bleiben gerade auch im Amt des Bundespräsidenten politische Erfahrung und politische Sensibilität, die sich vor allem in der parteipolitischen Praxis gewinnen lassen. Käme es zu einer Direktwahl des Bundespräsidenten, gerieselten Kandidaten in entsprechenden Wahlkämpfen noch viel stärker ins politische Feuer. Problematisch scheint der Vorschlag auch deshalb, weil eine Direktwahl die Frage nach mehr Befugnissen des Bundespräsidenten provozierte, wodurch es erforderlich würde, das Gefüge der obersten Verfassungsorgane neu auszutarieren.

Im Abschnitt über die einzelnen Parteien von Relevanz mutmaßt Decker, die Grünen könnten »demnächst eine ähnliche Züngleinrolle im Parteiensystem einnehmen wie früher die FDP«, die 1976 und 1980 jeweils der zweitstärksten Partei den Weg ins Kanzleramt ebnete. Bereits heute beweisen die Grünen mehr politische Flexibilität als einst die FDP, koalitiert die Ökopartei doch derzeit sowohl mit SPD und CDU als auch mit der Linken – und das sogar unter einem linken Ministerpräsidenten. Dass die Grünen den Wandel zu einer »multikulturellen Gesellschaft« früh als solchen benannt hätten, bezeichnet Decker als »verdienstvoll«, ohne zu erwähnen, wie undifferenziert und illusionär die Perspektive vieler Grüner auf den Zuzug oft war und zum Teil bis heute noch ist.

Im Kapitel über die SPD unterschätzt der Sozialdemokrat Decker die Risiken der rot-rot-grünen Option für die älteste Partei Deutschlands. Allein durch die Öffnung für Rot-Rot-Grün dürfte die SPD einen erheblichen Teil ihrer »Mitte-Wähler« verschrecken. Daher ähnelt die Öffnung der SPD für Rot-Rot-Grün strategisch

einem Sprung ins Dunkle. Den wagt die SPD aber gerade auch deshalb, weil sie keine dritte Große Koalition als Juniorpartner unter CDU/CSU-Führung in kurzer Zeit (seit 2005) will und weil sie fürchtet, die Koalition von CDU und Grünen in Hessen könnte zum Modell auch für den Bund mutieren. Das ist der Alptraum der SPD, deren Wählerückhalt weiter schwinden könnte.

Insgesamt präsentiert Decker ein ausgewogenes Buch, das über weite Strecken vom politischen Realismus seines Autors zeugt und profitiert. Dennoch gibt es in Politikwissenschaft und politischer Bildung nach wie vor zu wenig Experten, die Politik nicht nur aus der Theorie im Elfenbeinturm kennen, sondern auch aus eigener Erfahrung, etwa durch ein Engagement in den Niederungen der Kommunalpolitik, die als hohe Schule der (partei-)politischen Praxis fungiert – gemäß der Devise: »All politics are local politics«.

Harald Bergsdorf

Michael EDINGER / Stefan JAHR (Hg.): *Political Careers in Europe. Career Patterns in Multi-Level Systems (Studien zum Parlamentarismus, Bd. 5)*, Baden-Baden: Nomos, 2016, 227 S., € 59,00

In der US-amerikanischen Parlamentarismusforschung sind die Karrieren der Politiker spätestens seit Mitte der 1960er Jahre und Joseph Schlesingers bahnbrechendem Werk über *Ambition and Politics* ein etablierter Forschungsgegenstand. Ganze Heerscharen von Politologen beschäftigen sich mit der Frage, was »strategische Politiker« antreibt, für Ämter zu kandidieren – oder auch nicht. In Deutschland und eigentlich in ganz Europa ist das Interesse am Berufspolitiker und seinen Karrierekalkülen demgegenüber bemerkenswert gering ausgeprägt. Zwar weiß man auch hier, dass die Rekrutierung politischen Personals eine zentrale Funktion ist, die ein politisches System zu erfüllen hat. Doch begnügt sich die Wissenschaft meistens damit, pflichtschuldig den sozialen Background parlamentarischer Eliten zu ermitteln, die klassische Parlamentssoziologie, oder wohlfeile Kritik an der Selbstbereicherungsmentalität der »politischen Klasse« zu üben. Was Menschen antreibt, Politiker zu werden, welche

Ämter sie aus welchem Kalkül heraus und unter welchen Voraussetzungen anstreben und ob es so etwas wie typische Karrieremuster politischer Eliten gibt, hat die Politikwissenschaft in Deutschland dagegen nur sporadisch interessiert. Weder Dietrich Herzog in den 1970er Jahren noch jüngst Jens Borchert ist es gelungen, die Erforschung der Karrierewege parlamentarischer Eliten als Thema von Rang zu etablieren.

Der jüngste Versuch, das Thema voranzutreiben, stammt von Michael Edinger und Stefan Jahr, die von 2001 bis 2012 im Sonderforschungsbereich 580 der Universitäten Jena und Halle den Wandel parlamentarischer Eliten in Ostdeutschland nach der Systemtransformation erforschten. Mit der vorliegenden Publikation sprengten sie die engen Grenzen ihrer Auftragsforschung und richteten den Fokus auf die Karrieremuster politischer Eliten in europäischen Mehrebenensystemen. Nach der Arbeitsdefinition der Herausgeber sind dies Systeme, die neben der nationalen noch mindestens eine zweite, eine subnationale (lokale, regionale) oder eine supranationale (europäische) Ebene aufweisen. Damit sind faktisch alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union von der Arbeitsdefinition umfasst: alte Bundesstaaten (Deutschland, Österreich), junge Bundesstaaten (Belgien), asymmetrische Quasi-Föderalstaaten (Spanien), zentralisierte Einheitsstaaten (Dänemark, Rumänien) und Einheitsstaaten, die sich jüngst – zum Teil asymmetrisch – regionalisiert haben (Italien, Vereinigtes Königreich).

Als Grundannahme teilen die Autoren der Einzelbeiträge die Prämisse, dass die Karriereentscheidungen der Politiker kein Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis strategischer Wahlhandlungen sind, die durch institutionelle Anreizstrukturen beeinflusst werden. Alle Autoren befassen sich vor allem mit derjenigen Gruppe von Politikern, die ebenenübergreifende Karrieren verfolgen.

Unter den neun Beiträgen des Sammelbandes sind hervorzuheben die Einleitung der beiden Herausgeber, ein Beitrag von Michael Edinger zu den deutschen Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MEPs) und ein vergleichender Beitrag von Klaus Stolz zu Abgeordnetenkarrieren im Mehr-Ebenen-Europa. In ihrer Einleitung arbeiten Edinger und Jahr die Besonderheiten der politischen Karriere im Vergleich zu Karrieren in anderen Berufen heraus und erkennen diese vor

allem im unregelmäßigen Zugang zum Politikerberuf, in den in kurzen Intervallen wiederkehrenden Risiken eines vorzeitigen Karriereendes und in der demzufolge vergleichsweise schwierigen Karriereplanung. Es folgt ein Überblick über den Stand der Forschung, der von Harold Lasswell über Joseph Schlesinger, Donald R. Matthews und Dietrich Herzog bis hin zu Jens Borchert reicht und die wichtigsten Konzepte und Fragestellungen des Forschungsfeldes auf knappstem Raum vorstellt. Im dritten Teil ihrer Einleitung erläutern die Herausgeber dann »die Struktur« (S. 18) des Buches, was angesichts der bloßen Aneinanderreihung der Einzelbeiträge allerdings ein Euphemismus ist, und fassen deren wichtigste Ergebnisse zusammen. Ein übergreifender Befund aller Beiträge besteht darin, dass der traditionelle Karrierepfad mit dem nationalen Parlamentsmandat als Höhepunkt einer parlamentarischen Karriere nicht mehr »the only game in town« (S. 19) sei. Ämter auf subnationaler oder supranationaler Ebene können ebenfalls das höchste Ziel politischer Karrieren sein.

Von den deutschen Mitgliedern des Europaparlaments mit ebenenüberschreitender Karriere gilt allerdings nur für eine Minderheit, dass sie mit dem Mandat in Straßburg und Brüssel den Gipfel der von ihnen angestrebten Karriere erklommen haben. Zwar stellt für knapp zwei Drittel von ihnen der Sitz im Europaparlament die Endstation ihrer politischen Karriere dar; für viele erfolgt der Schritt nach Europa jedoch als »Belohnung« am Ende einer langen, »verdienten« Tätigkeit auf Landes- oder Bundesebene: das Europaparlament als »Elefantenfriedhof« (S. 77) oder Versammlung »politischer Pensionäre« (S. 97–98). Andere entdeckten ihr Interesse für Europa erst im Europaparlament, waren vorher aber ebenfalls primär auf die Landes- oder Bundespolitik hin orientiert. Nur rund ein Fünftel aller MEPs kann zur Gruppe der »Euro-Führer« oder »Euro-Experten« (S. 99) gezählt werden, die auch schon als Landes- oder Bundespolitiker ein ausgeprägtes europäisches Interesse zeigten. Für sie stellt die Zugehörigkeit zum EP in der Tat so etwas wie den Karrierehöhepunkt dar. Genauso häufig aber kommt es vor, dass Politiker das EP als »Sprungbrett« (S. 99–100) nutzen, um in angestrebte landes- und bundespolitische Ämter zu gelangen oder um als »Euro-Profi« (S. 101) herausgehobene nationale Ämter mit Europa-bezug

zu besetzen. Bei allen methodischen Schwierigkeiten der Messbarkeit politischer Ambitionen hat Edinger eine interessante Typologie deutscher MEPs entwickelt, die typische Karriereverläufe einigermaßen plausibel machen kann. Dabei bleibt bemerkenswert, was auch Stefan Jahr in seiner Fallstudie zu Deutschland herausgefunden hat, wie stark isoliert europa-, bundes- und landespolitische Karrieren voneinander verlaufen. Die ebenenüberschreitende Karriere ist die Ausnahme.

Klaus Stolz' Beitrag sticht besonders hervor, weil er der einzige im Sammelband ist, der wirklich vergleichend vorgeht. Seine Untersuchung der parlamentarischen Mehr-Ebenen-Karrieren in sechs Ländern (Belgien, Deutschland, Italien, Österreich, Spanien, Vereinigtes Königreich) kommt zu dem Ergebnis, dass die klassische lineare Sprungbrett-Karriere vom regionalen zum nationalen Parlament weit seltener vorkommt als gedacht. In keinem nationalen Parlament beträgt der Anteil »importierter« (S. 183) Mitglieder aus den Regionalparlamenten mehr als 16 Prozent, im – unvollständig regionalisierten – Vereinigten Königreich nur drei Prozent. Noch klarer zeigt sich an der »Exportrate« (S. 185) regionaler Parlamente, wie selten regionale Abgeordnete den Sprung ins nationale Parlament schaffen; sie liegt in allen sechs Ländern zwischen fünf und sieben Prozent. Häufiger als gedacht ist dagegen der umgekehrte Karriereweg vom nationalen ins regionale Parlament, wobei hier die Unterschiede von Land zu Land und von Region zu Region erheblich sind. In den jüngst regionalisierten Staaten Belgien und Vereinigtes Königreich kommen solche »umgekehrten Karrierepfade« (S. 186) deutlich häufiger vor als in etablierten Bundesstaaten wie Deutschland und Österreich. Unter den deutschen Ländern hat Sachsen den höchsten Anteil ehemaliger nationaler Parlamentarier unter seinen Landtagsabgeordneten aufzuweisen, unter den österreichischen Ländern Wien. Mit Blick auf das EP kommt Stolz wie Edinger für die deutschen MEPs zu dem Ergebnis, dass es in keinem der untersuchten Länder den Gipfel der parlamentarischen Karriere darstellt, sondern »verschiedene Karrierefunktionen« für seine Mitglieder erfüllt – als »Sprungbrett«, als »Rückfall- oder Ruhestandsoption« und als Fokus einer genuin europäischen Karriere (S. 190).

Die restlichen Beiträge des Bandes beschäftigen sich mit nationalen Fallstudien über Italien

(Michele Lo Russo/Luca Verzichelli), Belgien (Stefaan Fiers/Jo Noppe), Rumänien (Laurentiu Stefan), Dänemark (Ulrik Kjær) und die USA (Peveerill Squire). Vor allem Squires Beitrag ist unter vergleichenden Aspekten von Interesse, weil aus der Forschung zu den politischen Karrieren im US-Bundesstaat die Konzepte und Perspektiven gewonnen wurden, die an die europäischen Mehrebenensysteme angelegt wurden. Squire ist der einzige Autor des Buches, der für sein Land zu dem Schluss gelangt, dass die traditionelle Ämterhierarchie und die Sprungbrettfunktion der einzelstaatlichen Legislativen für den Kongress (wie auch auf nationaler Ebene des Repräsentantenhauses für den Senat) noch intakt sind.

Insgesamt haben Edinger und Jahr einen anregenden Sammelband zu den Karrieremustern von Parlamentariern vorgelegt, der für die vergleichende Forschung interessante Anstöße gibt. Weiter zu vertiefen wäre die Frage, worin die Ausnahmestellung des US-Bundesstaates im Vergleich zu den europäischen Mehrebenensystemen begründet liegt: Liegt es an der Kandidatenzentrierung des politischen Systems dort, die sich von der Parteienzentrierung europäischer Systeme fundamental unterscheidet? Ganz grundsätzlich ließe sich darüber streiten, ob das Konzept politischer Karrieren zur Erklärung der Funktionslogik des politischen Systems in Europa so gut geeignet ist wie desjenigen der USA, weil die Entscheidungsspielräume der Politiker hier doch stärker begrenzt scheinen. Jedenfalls erfährt der Leser wenig darüber, welche strategischen Karrierekalküle die einzelnen Abgeordneten in Europa denn verfolgen – ob sie zum Beispiel für andere Ämter kandidieren, weil sie eine Wahlniederlage in ihrem momentanen Amt befürchten oder einer drohenden Nichtnominierung aus dem Wege gehen wollen, oder ob sie mit ihrer Kandidatur ihrem politischen Ehrgeiz oder ihren Policy-Präferenzen folgen. Hier ist die US-amerikanische der europäischen Forschung nach wie vor weit voraus, was aber mit der grundsätzlich anders gearteten Struktur des politischen Systems und der weiterreichenden Transparenz des Abgeordnetendaseins in den USA zusammenhängt.

Kritisch sei abschließend angemerkt, dass die Beiträge mit einer Ausnahme den Forschungs- und Datenstand zur Mitte des vorigen Jahrzehnts repräsentieren, also durchweg zehn Jahre alt sind.

Einzig Michael Edinger nutzte sein Herausgeberprivileg und legte eine aktualisierte Studie vor. Der Grund für die erhebliche Verzögerung der Publikation lag nach Auskunft der Herausgeber in den Unwägbarkeiten wissenschaftlicher Karrieren, die zumindest für den ›Nachwuchs‹ in Deutschland ähnlich unsicher wie Politikerkarrieren geworden sind. Das ist in vielerlei Hinsicht schade; betrüblich ist es auch für den Beitrag von Peverill Squire, scheint die Entwicklung in den USA doch im letzten Jahrzehnt an der zentralen Stellung des Kongresses im politischen System zu rütteln. Angesichts der immer lauter beklagten Dysfunktion und Unpopularität des Kongresses sowie der damit einhergehenden Aufwertung einzelstaatlicher Karrieren wäre es überraschend, wenn sich dies nicht auch in den Karrierepfaden der Politiker niederschlagen würde.

Patrick Horst

Matthew GRAHAM, *The Crisis of South African Foreign Policy. Diplomacy, Leadership and the Role of the African National Congress*, London / New York: I. B. Tauris, 2015, € 10,35

Wissenschaftliche Standards einhaltende historische Darstellungen über die älteste Befreiungsbewegung Afrikas, den African National Congress (ANC), gibt es nicht allzu viele, schon gar nicht solche, die sich mit dessen internationalen Strategien und Taktiken befassen. Dies hat sich nach dem Ende der Apartheid nicht wesentlich geändert, schon gar nicht in Bezug auf die außenpolitischen Aktivitäten des ANC, als dieser noch eine Befreiungsorganisation war. Zum Thema ANC im Exil existieren zwar etwa ein halbes bis ein Dutzend lesenswerter Monographien, die jedoch fast ausschließlich von ehemaligen Akteuren stammen und deshalb eher den Charakter von Autobiographien haben. Nicht viel mehr Bücher beschäftigen sich auf Grundlage wissenschaftlicher Standards mit der Außenpolitik Südafrikas seit der Regierungsübernahme des ANC zu Beginn der 1990er Jahre. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass sich nunmehr ein kompetenter Fachmann des Themas angenommen hat.

Matthew Graham macht anfangs deutlich, dass das Entstehen eines »neuen« demokratischen Südafrikas unter Nelson Mandela in der ersten Hälfte der 1990er Jahre als Meilenstein der

internationalen Menschenrechte und der Demokratie angesehen wurde. Viel erwartete man in der internationalen Staatengemeinschaft, jedoch auch im Lande selbst, vom zur Partei gewandelten, seit 1994 regierenden ANC. In außenpolitischer Hinsicht hoffte man besonders, dass er in der Lage sein würde, seine Ideale, wofür viele seiner Kämpfer ihr Leben lassen mussten, in eine kohärente Außenpolitik des afrikanischen Landes zu übertragen. Dies war jedoch nicht leicht, sollten doch nun aus »Befreiungskämpfern« Diplomaten werden. Es wurde begonnen, das diplomatische Personal auszuwechseln und eine neue Strategie der Außenpolitik zu erarbeiten. Aus ehemaligen »Feinden« des südafrikanischen Staates wie die Sowjetunion bzw. dann Russland oder Kuba, sollten Freunde und Verbündete werden. Alt bewährte Kämpfer wurden unabhängig von ihrer Qualifikation mit Diplomatenposten geehrt. Viele weiße außenpolitische Experten wurden ausgetauscht und wechselten zumeist in die freie Wirtschaft. Dabei war man vor voreiligen Entscheidungen nicht gefeit und insbesondere in der Personalpolitik wurden Fehler gemacht.

Von Anfang an wurde nicht nur die Besetzung der Botschafterposten, sondern ebenso die Strategie und Taktik der neuen Außenpolitik der neuen Regierung nicht nur von alten Apartheid-Außenpolitikern kritisiert. Die Kritik wurde ebenso von »alten« Kampfgefährten vorgetragen, die in Vorwürfen der Uneinheitlichkeit, der Widersprüche und Fehleinschätzungen des internationalen Handelns gipfelte.

Matthew Graham bietet auf Grundlage intensiver Archivstudien und Interviews neue Interpretationsmöglichkeiten der südafrikanischen Außenpolitik, indem er Kontinuitäten und Brüche der internationalen Beziehungen des ANC – vom Exil bis zur Übernahme der Regierungsmacht – aufdeckt, die auch später der südafrikanischen staatlich gelenkten Außenpolitik inhärent waren. Die Auswertung der politischen Intrigen während des Wandels des Landes weg von der Apartheid hinein in einen alles in allem gesehen nicht erfolglosen Transformationsprozess, wie sie in dem Buch beschrieben werden, leisten einen Beitrag zum besseren Verstehen, warum Südafrika nach Abschaffung der rassistischen Politik es nicht geschafft hat, Afrika als Kontinent mit gemeinsamen Interessen der dortigen Länder auf die Weltbühne zu bringen. Es werden die

diesbezüglichen Einflüsse der Präsidenten Nelson Mandela und Thabo Mbeki auf die relevanten Entscheidungen herausgearbeitet.

Der Verfasser beginnt in seiner Studie mit dem Anfang der 1960er Jahre, als nach dem Verbot des ANC viele Anhänger ins Exil getrieben wurden. Diese mussten sich in der Fremde persönlich zu rechtfinden und waren zugleich mehr oder minder dazu befugt, als Repräsentanten ihrer Organisation im Ausland zu wirken.

In jener Zeit wurden nach Auffassung des Verfassers die wichtigsten Grundlagen für die Außenpolitik gelegt, die der ANC als Regierungspartei nach 1990, nach der Freilassung von Nelson Mandela sowie der Aufhebung des Verbots der Befreiungsorganisation verfolgen sollte.

Die ersten beiden der insgesamt neun Kapitel (inklusive Einleitung und einer Zusammenfassung) beschäftigen sich mit dem ANC im Exil in den Jahren 1960 bis 1976 sowie »From Exile to Liberation, 1976–90«. Das anschließende Kapitel zeigt auf, wie sich der ANC bis 1994, also bis zur Übernahme der Regierungsmacht, konzeptionell auf eine eigenständige Außenpolitik vorbereitete, die sich grundlegend von der der Apartheid-Regierung unterscheiden sollte. Ein bedeutender Schwerpunkt in den folgenden Ausführungen ist die kritische Reflexion der Politik der »African Renaissance« von Nelson Mandelas Nachfolger Thabo Mbeki, der damit ein neues Kapitel der südafrikanischen Außenpolitik aufschlagen wollte, welches indes inzwischen weitgehend gescheitert ist, wie auch andere Neuanfänge in wirtschaftlichen und einigen anderen Bereichen der südafrikanischen Gesellschaft.

Die Forschungen von Graham beruhen auf der Auswertung von Archivalien in Südafrika und Großbritannien, oftmals in nur wenigen Exemplaren gedruckten Dokumenten aus dem ANC-Exil, Regierungsdokumenten, der Fachliteratur sowie auf der Einbeziehung der Aussagen von interviewten Zeitzeugen, insbesondere mit ehemaligen Akteuren des ANC. Somit ist sein Werk eines der fundiertesten auf diesem Gebiet, und eines der besten, weil es analytisch und quellenbasiert geschrieben worden ist. Es gibt interessante Ein- und Überblicke über außenpolitische Konzeptionen des ANC und zeigt auf, wie diese entstanden sind und wozu sie geführt haben. Zugleich bietet die Studie auch eine treffliche Analyse der politischen Situation in Südafrika der Post-Apartheid-Gesellschaft.

Es handelt sich also um ein Buch, welches nicht nur für Historiker und Politikwissenschaftler von großem Nutzen sein wird, sondern lesenswert auch für alle diejenigen ist, die sich für Südafrikas Gegenwart interessieren.

Ulrich van der Heyden

Ulrike GUÉROT: Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie, Bonn: Dietz, 2016, 308 S., € 18,00

Wer eine anschauliche Darstellung der demokratischen Legitimationslücken der Europäischen Union sucht, wird sie im ersten Teil des vorliegenden Buches finden. Die Verfasserin, Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems, leuchtet kenntnisreich die EU-Misere aus. Doch damit ist auch schon alles Positive gesagt. Der Versuch, die Abschaffung der Nationalstaaten und die Begründung einer europäischen Republik plausibel zu machen, misslingt, weil die Verfasserin glaubt, ein Republikanismusmix einschlägiger Autoren seit der Antike reiche aus, um gegen die Theorie des liberalen Staates eine neue Doktrin in Stellung zu bringen. Für Guérot befindet sich Europa »in einer Art vorrevolutionärer Atmosphäre« (S. 257), doch auf anspruchsvolle Reformvorschläge etwa von Jacques Delors, Dieter Grimm oder Tony Judt geht die Verfasserin nicht ein. Mit ihren weitreichenden politischen Forderungen empfiehlt sich die Autorin gleichwohl als Gesprächspartnerin für »die Regionen und ihre Menschen, die Postwachstumsökonomien, die Jugend, die Frauen und die Staatlichkeit [Juristen und Staatsrechtslehrer]« (S. 16).

Aufmerksamkeit verdient das Buch aber wegen der diskursiven Strategie, jenseits wissenschaftlicher Vertretbarkeit alles und jedes heranzuziehen, was dem Ideal einer republikanischen Weltbürgergemeinschaft zu dienen scheint. Auffällig ist die bis zum Schluss durchgehaltene dramatisch-exaltierte Stimmungslage. Schon im Titel »Warum Europa eine Republik werden muss!« (Hervorhebung W. M.-P.) schwingt ein kulturpessimistischer Unterton mit: Sollte es nicht so kommen, droht eine Katastrophe! Als Katastrophe würde dies von einem intellektuellen Milieu empfunden, das lange Zeit zu den Nutznießern und entschiedensten Verfechtern des europä-

ischen Einigungsprojekts gehört hatte und das nun den kruden Egoismus der Nationalstaaten und der EU als eigene Schuld mit Scham quittieren muss. Diese kapitale Verfehlung kann nicht mit Reformen, sondern nur mit einem radikalen Bruch gesühnt werden. Ein dem Gemeinnutzen verpflichtetes ideologisches *Corpus* muss nun organisiert werden, das über eine nicht mehr anfechtbare universelle Autorität verfügt, um das politisch engagierte Subjekt als verantwortliches und seiner selbst mächtiges zu rehabilitieren. Den Schlüssel dafür liefert das republikanische Versprechen der Selbstgesetzgebung, d. h. dass der Kreis der von Zuständigkeiten und Beschlüssen Betroffenen mit denjenigen übereinstimmen soll, die sich diese Zuordnungen und Gesetze selbst geben. Um universell legitimierte Werte zu verwirklichen, muss – gleichsam heilsgeschichtlich – der »alte Mensch« wie ein Kleid abgelegt werden: der Nationalstaat und der von ihm untrennbare Egoismus. Daher rührt der bald alarmistische, bald rechthaberische Ton der Autorin, der das Paradox kaschieren soll, dass das Buch die Selbstverleugnung Europas verherrlicht, statt Wege zur Stärkung des republikanischen Selbstbewusstseins aufzuzeigen.

Was spricht für den Republikanismus als Überwindung der europäischen Krise? Er scheint gegenüber Sozialismus, Liberalismus und Kommunitarismus eine »unverbrauchte« Lehre darzustellen. Mit Verve macht sich die Autorin an eine summarische Rekapitulation republikanischer Lehren und stellt die kritische Differenzierung hinten, so als könne auf diesem Weg eine verlässliche Doktrin entstehen. An der Nation festzuhalten, ist für die Verfasserin gleichbedeutend mit Nationalismus. Regionen und Metropolen sollen die neuen Organisationseinheiten des republikanischen Europas werden. Doch es gelingt der Autorin nicht darzulegen, inwieweit in den Regionen eine europaweite – weder an nationale Traditionen anknüpfende, noch den Lokalpatriotismus einbeziehende – republikanische Identität als Grundlage für ein Bürgerethos entstehen kann. Eine gemeinnützige Lebensform kann für Guérot erst entstehen, wenn alles Partikulare aufgeopfert worden ist. Dieses Modell entspricht dem Gleichheitsprogramm der Revolutionäre von 1789, die zwischen den Kommunen und dem Wohlfahrtskomitee keine intermediären, den Bürgerwillen filternde oder verzerrende interme-

diäre Körperschaften (*corps intermédiaires*) akzeptieren wollten. Den europäischen Sprachen, Inbegriff der Verbundenheit mit Land und Leuten, bringt die Autorin kaum mehr Verständnis entgegen als die französischen Revolutionäre. Die propagierte De-Nationalisierung würde zur Selbstaufgabe Europas führen, weil die Bürger auch für ihre Regionen nicht mehr die zentralen *politischen* Fragen stellen dürfen: Warum leben wir zusammen, und wie wollen wir zusammenleben?

Für eine flüchtige Lektüre scheint das Buch über eine europäische Republik mit der Behandlung der Flüchtlingskrise den Gipfel der Absurdität zu erreichen. Der Islam als dezidiert anti-republikanische, anti-emanzipatorische und patriarchalische bis frauenfeindliche Religion erfährt hier über die nach Europa kommenden Flüchtlinge eine euphorische Behandlung, weil damit alle vermeintlichen Formen »völkischer Homogenität« (S. 249) zunichte gemacht würden. Die Autorin zögert nicht, von der neuen Vielfalt durch die massive Einwanderung zu schwärmen: »Geschaffen wird damit ein gigantischer Möglichkeitsraum an Lebensentwürfen und Modellen, die wirklich *nebeneinander* existieren.« (S. 249), ein »*Möglichkeits- und Transitraum* für durchlässige *Heimaten*« (S. 250). Dass die Verfasserin tatsächlich nicht an ein Miteinander denkt, geht aus dem Vorschlag hervor, die Flüchtlinge sollten ihr Neu-Aleppo, Neu-Diyarbakir, Neu-Kandahar, Neu-Enugu usw. aufbauen. »Kurz, wir verzichten auf *Integration*. Wir respektieren Andersartigkeit und lassen die Neuankommlinge in ihrer Andersartigkeit für sich alleine.« (S. 251) »Wir schaffen ein buntes Europa, ein respektvolles Nebeneinander, einen *Verbund von Andersartigkeit* unter gleichem Recht, ein kreatives Netz aus Vielfalt.« (S. 252) Alles andere sei »Bevormundung« (S. 251). Ein grenzenloser Transitraum, der gleichwohl jedem Durchreisenden die Staatsbürgerschaft zuerkennt, ist aber die Auflösung jeder politischen Gemeinschaft. Der Begriff »Mitbürger« wird seines Gehaltes, die soziale Reziprozität, entleert und auf die juristische Bedeutung reduziert, subjektive Rechte einfordern zu können; die damit verbundenen Pflichten fallen einfach unter den Tisch. Wenn »die – rechtliche und faktische – Organisation von Andersartigkeit« (S. 250) hergestellt wird, ist die zuvor als ganz natürlich bezeichnete Vermischung (S. 252)

gerade nicht mehr möglich. Die vom Staat sanktionierte rechtliche und faktische Andersartigkeit muss zu Parallelgesellschaften führen.

Doch im Hinblick auf die diskursive Strategie der Autorin ist dies konsequent. Das Leiden am Begriff »Ausländer«, das Guérot zum Ausdruck bringt, entspricht dem Leiden am Anspruch, der nach Emmanuel Levinas und Jacques Derrida unabwendbar vom Anderen gegen uns ergeht. Der »Absolutismus des Anderen« (Henning Nörenberg) verleiht dem schwachen Anderen (z. B. Witwe, Waise, Flüchtling, Angehörige einer verfolgten Minderheit) die Autorität, mir, dem Überlegenen, meine Schuld vorzuführen. Erst in der Anerkennung dieser Schuld, durch die Scham und die Selbstverleugnung kann ich durch den Schwachen meine volle Integrität und Identität gewinnen. Der Andere tritt so an die Stelle, die früher Gott innehatte. Nach dieser Logik ist es konsequent, dass sich die Rollen von Gastgeber und Gast umkehren.

Und schließlich: Europa ist die vergewaltigte Frau; die europäische Republik muss deshalb matriarchalisch sein. Doch die Verengung auf die wärmende, schützende, gebärende, nährende Weiblichkeit leistet einer biologistischen Interpretation von *Gender* Vorschub. Mit ihrer These, die Schaffung der Nationalstaaten sei eine Zerstückelung des schönen weiblichen Körpers der Europa, verwickelt sich Guérot in anachronistische Spekulationen. Insgesamt schadet die Autorin mit ihren pseudo-feministischen Erörterungen den ernsthaften Bemühungen um feministische Theoriebildung.

Werner Müller-Pelzer

Wilhelm HOFMANN / Renate MARTINSEN (Hg.), *Die andere Seite der Politik: Theorien kultureller Konstruktion des Politischen*, Wiesbaden: Springer VS 2016, 265 S., € 34,99

Der Begriff der Kultur ist Vielen in der Politikwissenschaft in letzter Zeit fragwürdig geworden. Zum einen droht schnell eine essentialisierende Rede von bestimmten Kulturen, der westlichen, muslimischen oder konfuzianischen; um nicht in den Verdacht zu geraten, einem *Kampf der Kulturen* das Wort zu reden, wird die Thematisierung von Konflikten zwischen verschiedenen kulturellen Prägungen eher gemieden. Zum ande-

ren aber scheint bei der Erforschung politischer Kulturen die Kette methodischer Schwierigkeiten nicht abzureißen. Empirisch erhobene Einstellungen lassen sich zu Clustern zusammensetzen, doch die Erklärungskraft bleibt in vielen Fällen umstritten.

Einen anderen Ansatz verfolgen als Reaktion auf diese Konstellation die Herausgeber des Bandes *Die andere Seite der Politik*, Renate MartinSEN und Wilhelm Hofmann, die die Ansätze des *cultural turn* heranziehen, um die kulturelle Konstruktion der Politik und des Politischen thematisierbar zu machen. Wenn man bereit ist, das Instrumentarium der Kulturwissenschaften zu nutzen, lassen sich politisch-kulturelle Prozesse sichtbar machen, die ansonsten in der Politikwissenschaft oft aus dem Blick geraten.

Das in der Einleitung entwickelte Programm klingt zunächst recht abstrakt. Die titelgebende Formulierung kann aber dabei helfen, die Suchrichtung dieses Ansatzes zu konkretisieren: Die *andere Seite* bezeichnet jene latenten Voraussetzungen, die in Form von Leitunterscheidungen, Begriffen, Metaphern, kulturellen Praxen in der Politik als gegeben vorausgesetzt werden. Die *andere Seite* ist selbst noch nicht Politik im engeren Sinne, determiniert aber, was überhaupt als politisch wahrgenommen und in welche Frames es eingeordnet wird. Die Frage nach der *Kultur der Politik* thematisiert dann all das, was die Politik selbst in der Regel nicht thematisiert, obwohl sie davon abhängt. Die Herausgeber nehmen für dieses Programm eine konstruktivistische Grundausrichtung in Anspruch: Die Politik und das Politische sollen als Ergebnis vorgängiger Kultur lesbar, aber auch gestaltbar werden. Luhmann und Foucault durchziehen als historische Referenzgrößen den Band, die Arbeiten von Jacques Rancière und Andreas Reckwitz bilden einen mehrfach aufgerufenen zeitgenössischen Bezugspunkt fast aller Beiträge.

Aus der Vielzahl der interessanten Aufsätze kann hier nur einer paradigmatisch diskutiert werden. In einer äußerst lesenswerten Analyse der »Kommunikationsguerilla« untersucht Hagen Schölzel jene Momente, in denen durch die Intervention von Akteuren die im weitesten Sinne »kulturellen« Selbstverständlichkeiten aufgebrochen werden. Der Sammelbegriff der Kommunikationsguerilla bezeichnet dabei jene Praktiken, in denen Künstlerkollektive, Bürgerinitiativen

ven oder Einzelakteure die fest etablierten Kommunikationsstrukturen durch Interventionen von innen aufsprengen, unterlaufen, karikieren und damit thematisieren. Das wohl eindrücklichste referierte Beispiel sind die weithin bekannt gewordenen *Yes Men*, die in New York eine vollständig erfundene Ausgabe der *New York Times* in hoher Auflage zirkulieren ließen. Die perfekt gefälschte Zeitung verbreitete spektakuläre Nachrichten, die gerade noch oder gerade nicht mehr im Rahmen des Denkbaren zu liegen schienen. So meldete die Ausgabe beispielsweise, dass Georg W. Bush wegen Kriegsverbrechen angeklagt sei und die amerikanischen Ölreserven verstaatlicht würden. Das scheinbar Unmögliche sollte so als möglich erwiesen werden.

Ob solche Praktiken bereits eine Kunst-Performance darstellen oder nicht vielleicht doch einfach eine aufwendigere Form der Satire darstellen, wäre noch zu klären. Das verbindende Element stellt jedenfalls nach Schölzel ein gewisser subversiver Gestus dar; es handelt sich um Praktiken, »die öffnende Bewegungen vollziehen und auf Unterbrechungen von Routinen, Dissenz, Ereignisse und Perspektiven der Institutionierung abheben« (S. 51). Erst ganz zum Schluss wirft Schölzel die Frage auf, ob genau dieser dekonstruktive Gestus nicht längst inflationär geworden ist. Die Kritik an der Inszenierung wäre dann längst Teil der Inszenierung. Aber womöglich reichen die genuin *normativen* Aporien, die das Thema aufwirft noch viel weiter als ein bloßer *re-entry*. Auch bei Schölzel scheint die Rekonstruktion und Analyse der Kommunikationsguerilla von einer gewissen Sympathie getragen. Ohne explizit Partei zu ergreifen, wird dem Leser doch zu verstehen gegeben, dass die Irritation des Gewöhnlichen als Gewinn zu verbuchen ist. Aber gilt das wirklich a priori? Haben nicht längst identitäre, nationalistische, populistische Bewegungen genau jene Techniken der Subversion übernommen, die die Linke seit den 1970er Jahren für sich reklamierte? Zum Bestand des Unhinterfragbaren gehörte ja nach dem demokratischen Selbstverständnis auch die Menschenwürde. Die im Kontext des NSU aufgetauchten Filme und Propaganda-Materialien zeigen, dass eine Unterwanderung des Selbstverständlichen auch ein Angriff auf Demokratie und Menschenwürde darstellen kann. Jan Christoph Suntrup spielt in seinem Beitrag auf diese Ambivalenz an,

wenn er die »Fixierung von Kultur durch das Recht« thematisiert: Vielleicht »droht« das Recht ja nicht nur »bestimmte kulturelle Praktiken zu reifizieren, indem die dominante Deutung dieser Kultur festgehalten« (S. 255) wird. Nein, das Recht könnte auch als ein *Versprechen* gedeutet werden, mit dem wir uns aus guten Gründen dazu entschließen, über bestimmte kulturelle Ererungenschaften nicht mehr diskutieren zu wollen. Ist nicht genau dies der Kern des Grundrechtsgedankens? Menschenwürde ist nicht verhandelbar!

Das Metier der Latenzbeobachtung bleibt folglich eine ambivalente Angelegenheit. Dass narrative Identitätsbildungen einer Invisibilisierung des Kontingenten dienen, hat die Nationalismusforschung seit den 1970er Jahren an immer neuen Beispielen gezeigt. Wäre auch eine Sicht auf die *andere Seite der Politik* denkbar, die die Notwendigkeit oder normative Wünschbarkeit ihrer Unsichtbarkeit und Latenz mitdenkt? Vor allem in Österreich hat die rechte Kommunikationsguerilla im Frühling 2016 vor Augen geführt, dass das Assoziations- und Metaphernfeld der »Guerilla« nicht nur romantisch beladen ist, sondern einer Eskalation das Wort redet, die große Gefahren birgt.

Diese Fragen zeigen zugleich, inwiefern dieses Buch zum Weiterdenken anregt. Die *andere Seite der Politik* ist darin gewiss nicht vollständig ausgeleuchtet, aber als lohnenswertes Themenfeld abgesteckt. Insofern bildet der lesenswerte Band, so ist zu hoffen, den Auftakt zu einer Debatte, nicht deren Abschluss.

Felix Heidenreich

Klaus HORNUNG, *Freiheit oder Despotismus. Die Erfahrung des 20. Jahrhunderts*. Bad Schusserried: Gerhard Hess Verlag, 2015, 287 S., € 18,00

Klaus Hornung erweist sich im vorliegenden Band erneut als meisterhafter Kenner von Politik und Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert. Für die vorliegende Buchveröffentlichung hat Hornung als Beiträge erschienene Texte überarbeitet und durch einen roten Faden zu einem Band zusammengefügt. Die neun Kapitel des Buches werfen entscheidende Schlaglichter auf historische sowie politische Entwicklungen im vergangenen Jahr-

hundert und sind von ungebrochen hoher Aktualität. Harald Seubert betont dies in einer bestens informierten Einführung (siehe S. 9–14).

Gleich die ersten drei Kapitel des Buches gehen auf die intensiven Marxismusstudien Hornungs zurück, die an argumentativer Stärke und Schärfe nichts eingebüßt haben. Mit Alexis de Tocqueville und Hippolyt Taine verteidigt Hornung die Freiheit und das politische Handeln des Einzelnen gegen den Marxismus, der mit dem Entzug der Freiheit einen entscheidenden Wesenszug der *conditio humana* verletzt. In der Analyse des Konzepts der »wahren Demokratie« bei Marx gibt Hornung unter Berücksichtigung von Hermann Lübkes Studien zur Aufklärung eine Skizze der »gegenwärtigen ideologischpolitischen Diskussion« (S. 57). Diese »wahre Demokratie« endet notwendig in den Machtphantasien totalitärer Parteidiktatur im realen Sozialismus, der den Menschen entfremdet und seinen Bedürfnissen nicht gerecht werden kann: »Gegenüber diesem vielköpfigen Ungeheuer Gesellschaft kann der Einzelne keine originalen, in der Transzendenz wurzelnden Rechte mehr behaupten.« (S. 70) Eine konzise und historisch bestens informierte Begriffsbestimmung »Marxismus – Leninismus« schließt den Sinnabschnitt über den Marxismus ab.

In den folgenden beiden Kapiteln geht der Autor auf die wohl größte Bedrohung für Europa im 20. Jahrhundert ein: den Totalitarismus in seinen verschiedenen Facetten. Dabei ist Hornung die auf Jacob L. Talmon zurückgehende Unterscheidung von totalitärer und liberaler Demokratie wichtig, die verdeutlicht, dass die Demokratie allein aus sich heraus nicht immer den totalitären Angriffen von links und rechts gewachsen ist. Totalitäre Demokratien laden sich religiös zum »Politischen Messianismus« auf – ein Schlüsselbegriff bei Talmon, um den religiösen Charakter totalitärer Systeme zu charakterisieren. Trotz des letztendlichen Scheiterns der totalitären Regime im 20. Jahrhundert bleiben die Gefahr ihrer ideologischen Versuchung (siehe S. 91) und ihre Anziehungskraft als »Politische Religionen« (Voegelin, Aron) bis heute bestehen.

Es bedarf aber nicht nur der abwehrenden Ideologiekritik, sondern auch der aktiven Verteidigung der freiheitlichen Demokratie. Darauf geht Hornung in den Kapiteln sechs und sieben seines Buches ein. Dies ist umso nötiger, da es, so

der Autor, keine »Wende nach der ›Wende‹ 1989/91 gegeben hat, und viele ideologische Denkmuster beinahe unzerstörbar fortwirken (S. 99). Eine konkrete Schutzmaßnahme für die freiheitliche Demokratie ist für Hornung das »Studienzentrum Weikersheim«, dessen Präsident er von 2001 bis 2003 war. Das Studienzentrum fokussiert als seine Ziele »den Vorrang der Ethik vor der Technik, der Person vor den Dingen und die Überlegenheit des Geistes über die Materie« (S. 182). Doch auch die »Politik als Wissenschaft« (Wilhelm Hennis) und die politische Bildung im weiten Sinne des Wortes spielen bei der Verteidigung der Demokratie eine wichtige Rolle, wie Hornung zu Recht hervorhebt. Dabei geht es dem Autor insbesondere um die Stärkung des Bürgersinns und um das Gespür des Einzelnen »für argumentierendes Denken und Sprechen im Sinne der Grundfigur alles Politischen, des situativen und intentionalen Handelns.« (S. 205)

Mit Überlegungen zu demokratischem Wohlfahrtsstaat und Sicherheitspolitik, die beide als Brennpunkte den freiheitlichen demokratischen Staat bedingen und nicht behindern sollen, sowie mit Gedanken zum Wandel von der Bonner zur Berliner Republik, die, mit je eigenen Herausforderungen konfrontiert, die Bundesrepublik ins dritte Jahrtausend führten, endet der informative und abwechslungsreiche Band.

Der Titel des Buches, »Freiheit oder Despotismus«, erinnert an einen Slogan der Unionsparteien aus den Wahlkämpfen der 1970er und 1980er Jahre: »Freiheit statt Sozialismus«. Daraus wird deutlich, dass Freiheit nicht Beliebigkeit meinen kann und nicht eine durch undifferenzierte Gleichbehandlung erzeugte Gerechtigkeit Grundlage der Freiheit in einer Demokratie sein kann. Gerade in der Überwindung der Beliebigkeit kommt das starke Plädoyer Hornungs für eine freiheitliche Demokratie zum Ausdruck, die Unterschiede kennt, benennt und nicht um einer falsch verstandenen Freiheit willen ständig einebnet. Diese Gefahr einer Relativität jenseits jeder Relationalität, die Fakten im Kontext verdeutlicht, wird oft verkannt oder übersehen. Gerade deshalb sind die Argumente Hornungs gegen die Beliebigkeit politischer Positionen für die gegenwärtigen Debatten sehr bereichernd.

Nicht Schönwetterstaat noch Schönwettergesellschaft können das Ziel sein, wie Hornung

mehrfach betont, sondern ein politisches Gemeinwesen, das den geistigen, moralischen, sozialen und politischen Herausforderungen klare Lösungskonzepte entgegenstellt, die den Schutz, aber auch die freie Entfaltung des Einzelnen nicht nur gewährleisten, sondern auch fordern und fördern. Mit diesen Gedanken ist Hornungs Analyse aktueller denn je.

Hans Otto Seitschek

Kurt-Jürgen MAAB (Hg.), *Kultur und Außenpolitik, 3. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage*, Baden-Baden: Nomos, 2015, 481 S., € 58,00

In seiner Einleitung zu der dritten Auflage dieses Gemeinschaftswerks von sechzehn Autoren und sechzehn Autorinnen deutet der Herausgeber, Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, an, welche neuen Themen in diese erweiterte Auflage aufgenommen worden sind. So werden in mehreren Abhandlungen Blicke geworfen auf Public Diplomacy und Soft Power als Schlüsselbegriffe der internationalen Diskussion (S. 39 ff.; s. a. »Soft Power und Hard Power – Die Auswärtige Kulturpolitik der Russischen Föderation«, S. 397 ff.) bis hin zu »No Power« (S. 167) und Smart Power nach Joseph Nye. Erörtert werden auch die Kooperation von Entwicklungshilfe und Außenpolitik (S. 190 ff.) und die Transformationsunterstützung als Demokratieförderung (S. 198 ff.).

Der Herausgeber betont, auswärtige Kulturpolitik sei nicht das »Sahnehäubchen« auf der harten Realpolitik, sondern ein zentrales Element der ganzen Außenpolitik. Die entsprechenden Termini in verschiedenen Sprachen heißen: *soft power*, *cultural diplomacy*, *cultural exchange*, *politique culturelle* et *d'influence*, *accion cultural exterior* (S. 357). Stets gehe es um bestimmte Verknüpfungen zwischen Kultur (in einem umfassenden Sinn) und Außen-Politik.

In der Abhandlung über die Auswärtige Kulturpolitik in Forschung und Lehre werden Dialogforen des Instituts für Auslandsbeziehungen (mit seiner *Zeitschrift für Kulturaustausch*) zu aktuellen kulturpolitischen Themen wie interkultureller Dialog, soziale Menschenrechte, Medienpolitik, nachhaltige Entwicklung, interkulturelle Kommunikation und der Dialog mit den Zivilge-

sellschaften erwähnt (S. 412). Cultural Policy Research soll in der internationalen kooperativen Forschung in interdisziplinären Projekten einen vielfältigen Grundzug der Interkulturalität herausarbeiten (S. 415).

Das klare Plädoyer für eine internationale und globale Kulturpolitik und das Interesse an einer größeren Kohärenz der »deutschen Außenkulturpolitik« durchziehen dieses umfangreiche Handbuch.

Der hohe Anspruch wird besonders deutlich in der Darstellung der Orientierungs- und Steuerungsleistungen der UNESCO (S. 311 ff.), die für alle Weltregionen von Bedeutung sind. Hüfner und Schöfthaler umspannen eine Vielfalt von Themen, die weit hinausgeht über eine traditionelle, an der Machtsteigerung des Nationalstaats orientierte Außenpolitik: Kulturerhalt, Dialog zwischen den Kulturen und Anerkennung der kulturellen Vielfalt, Bildung für alle, inklusive Bildung, Bioethik, Bewältigung der weltweiten Wasserkrise, Vermittlung des Nachhaltigkeitsprinzips, womit auch die ökologische Ebene einbezogen wird. Die *Millennium Development Goals* der Vereinten Nationen werden abgelöst durch eine weltweite Strategie zur Umsetzung von nachhaltigen Entwicklungszielen (*Sustainable Development Goals*), die in den Vereinten Nationen für die Zeit bis 2030 erarbeitet wird. Hier finden sich nicht allein internationale Standards für Bildungsqualität, sondern auch ökologische Querschnittsfragen. Die Deutsche UNESCO-Kommission wird als Mittlerorganisation der Auswärtigen Kulturpolitik vorgestellt. Die ökologischen Fragen wirken quer durch die Kulturen hindurch (Prozess der Transkulturalität). Bei den Wissenschaftsprogrammen werden erwähnt die Bereiche der Ozeanografie, der Hydrologie, der Geologie, der fachübergreifenden Ökologie und das sozialwissenschaftliche Programm zur Erforschung gesellschaftlicher Transformationsprozesse (Management of Social Transformation). Als Ziel der UNESCO wird formuliert, durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Frieden und zur internationalen Sicherheit beizutragen (S. 319).

Der europäische Horizont wird klar in Kathrin Merkles Beitrag »Das größere Europa und sein Gewissen – Der Europarat« (S. 322 ff.). Erwähnt wird unter anderem die Förderung der

gesellschaftlichen Teilhabe, des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Rechte. Als »Gewissen Europas« präsentiert sich der Europarat als wichtiger Partner im internationalen Kulturaustausch, wobei – wie in dem gesamten Buch – stets ein erweiterte Kulturbegriff zugrunde gelegt wird. Olaf Schwencke und Edda Rydzy stellen die Kultur- und Außenkulturpolitik im europäischen Integrationsprozess dar (S. 331 ff.) – von der Wirtschafts- zur Wertegemeinschaft. Mit der Vorlage ihrer Mitteilung über eine »Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« (Mai 2007) habe die Europäische Union einen Paradigmenwechsel vollzogen. Im Zentrum stünden die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs, die Förderung der Kultur als Katalysator der Kreativität im Rahmen der Lissabon-Strategie und als wesentlichen Elements der internationalen Beziehungen der Europäischen Union.

Die Europäische Union wird verwiesen auf ihre kulturelle Vielfalt als Reservoir für Konfliktlösungen. So wird die Außenkulturpolitik von Martin Fischer (S. 169 ff.) als neue Herausforderung in der Krisenprävention, der Konflikttransformation und Friedenskonsolidierung hervorgehoben, als zivile Handlungsmöglichkeit (siehe den »Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung«). Dabei wird die Ambivalenz von Kultur (einerseits Instrument der Konfliktverschärfung, andererseits Beitrag zur Versöhnung) nicht übersehen.

Angesichts dieser Ambivalenz durchzieht dieses umfassende Handbuch die Ablehnung jedes militärisch-aggressiven Kulturimperialismus, der eine nationale und / oder rassistische Machtexpansion und machtpolitische Weltgeltung beansprucht (S. 71). Kurt Düwell plädiert in seinem Beitrag für kulturelle Zusammenarbeit, Dialog und Verständigung und wendet sich gegen jede Form von Propaganda und Indoktrination. Die Präventivfunktion der auswärtigen Kulturpolitik zielt nicht nur auf die Vermeidung von Krieg und Gewalt, sondern prospektiv auf Friedenssicherung (S. 96) und interkulturelle Begegnung. Das ist denn auch der Grundzug dieses wichtigen Kompendiums, das nationale wie internationale Akteure in Partnerländern (S. 349 ff.: beispielsweise USA, Frankreich, Großbritannien, Japan, China, Russische Föderation) in ihrer auswärtigen Kulturpolitik anspricht.

Als Kompetenzzentrum für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wird das Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart (S. 411) genannt. Als Studiengänge werden die Felder der interkulturellen Kommunikation, der kulturellen Identität, der Migration, des Kulturwandels umrissen. Die Auswärtige Kulturpolitik sei kein Stiefkind mehr in Forschung und Lehre (so Gerd Ulrich Bauer S. 409 ff.).

Ein 37 Seiten umspannendes Literaturverzeichnis (S. 420 ff.) untermauert den Anspruch eines Standardwerks. Auch wenn der Rezensent hier die einschlägigen Schriften von Hildegard Hamm-Brücher oder Ralf Dahrendorf vermisst, ändert das nichts an dem Urteil, dass dieser Anspruch in einem hohen Maß eingelöst wird. So ist diesem Handbuch ebenso eine weite Verbreitung zu wünschen, wie auf der Ebene der praktischen Politik eine stärkere Beachtung der auswärtigen Kulturpolitik.

Arnold Köpcke-Duttler

Paul MASON, *Postkapitalismus – Grundrisse einer kommenden Ökonomie*, Berlin: Subrkamp, 2016, 430 S., € 26,95

Seit der Weltfinanzkrise 2008 ertönt bei verschiedenen, vornehmlich linken Intellektuellen umso lauter wieder Kritik am Kapitalismus. Dabei spielt der Begriff des *Postkapitalismus* bisher eine eher ungeordnete Rolle. Doch das könnte sich jetzt ändern. Der britische Fernsehjournalist Paul Mason hat ein umfangliches Buch unter diesem Titel veröffentlicht, das den Begriff in vielfältigen und auch überraschenden Zusammenhängen präsentiert. Zunächst stellt er indes die wenig neue These auf, dass der Kapitalismus untergehen werde: »Die Krise im Jahr 2008 war [...] nur eine erste Erschütterung, die das große Beben ankündigt.« (S. 40) Warum aber soll nun der Kapitalismus diesmal untergehen?

Einerseits beruft sich Mason ähnlich wie konservative Vordenker auf gängige externe Faktoren, die Klimaveränderung, die demographische Entwicklung, die Migration, denen man marktwirtschaftlich nicht begegnen könne. Die Klimaerwärmung wächst sich, wie es auch der eher rechte deutsche Philosoph Peter Sloterdijk apokalyptisch ausmalt, zur »Klimakatastrophe« aus, d. h. nach Mason »was uns bevorsteht: der Zu-

sammenbruch unserer Welt«. (316) Das könnte man »in den Randgebieten der Welt« heute schon erleben.

Allein: Wo ist der Mittelpunkt der Welt? Außerdem darf man daran erinnern, dass es während der hochmittelalterlichen Warmzeit keine Gletscher in den Alpen gab, dafür aber eine Hochphase der europäischen Kultur, was sich auch ähnlich für das Römische Reich nachweisen lässt.

Für Mason wird dagegen die Klimaentwicklung gar den ganzen Planeten destabilisieren, »erinnert dieser Kompromiss [der Pariser Klimakonferenz vom Dezember 2015] doch an die Ergebnisse der Friedenskonferenzen, die den Weg zum Zweiten Weltkrieg ebneten.« (S. 322)

Viel bedrohlicher und panikheischender kann man nicht argumentieren und man darf fragen, warum Mason sich einer solchen Terminologie bedient: Aus Angst? Aus pädagogischen Gründen? Aus Sorge um die Zeitgenossen?

Nun, zunächst präsentiert sich Mason damit nicht nur als Schüler von Machiavelli und Hobbes, die dem Fürsten raten, die Menschen das Fürchten zu lehren, um sie beherrschen zu können: »Wenn es um den Klimawandel geht, gibt es also rationale Argumente für Panik.« (S. 323) Vielmehr verlängert er just jenes Prinzip Furcht, mit dem Hans Jonas 1979 den Bestand der Menschheit retten wollte. Jonas erhebt zur Pflicht, sich auch dann zu fürchten, wenn man sich nicht fürchtet. So erscheint man als schlechter, genauer verantwortungsloser Mensch, wenn man sich nicht fürchtet, was indes an Gottesfurcht erinnert.

Außerdem steigt der Migrationsdruck, erhält das 2015 auf Englisch erschienene Buch durch die Ereignisse im letzten Jahr scheinbare Aktualität. Zwischenzeitlich hat der Druck auf Europa zumindest wieder nachgelassen. Er wird in moderaterer Form bestehen bleiben, so lange Europa attraktiver als die jeweiligen Herkunftsländer ist. Aber Wanderungsbewegungen gab es immer, waren es beispielsweise in den letzten Jahrhunderten vornehmlich Millionen Europäer, die als Wirtschaftsflüchtlinge nach Amerika, Afrika, Asien und Australien »auswanderten«. Dass ein globales Wirtschaftssystem durch Wanderungsbewegungen zugrunde geht, erscheint daher eher als unwahrscheinlich, fühlt sich Mason wie viele seiner Zeitgenossen durch eine an sich normale Entwicklung wohl bedroht.

Doch auch die demographische Entwicklung wird nicht nur das Rentensystem, sondern auch die Staatsfinanzen ruinieren und zwar seltsamer Weise gleich in aller Welt, obwohl ja längst nicht alle Staaten davon gleichermaßen betroffen sind. Jedenfalls sieht Mason das europäische liberale und individualistische Gesellschaftsmodell bedroht und mit dieser Diagnose möchte er streng nach Machiavelli und Jonas seine Zeitgenossen das Fürchten lehren: »Sind Sie bereits in rational begründete Panik geraten? Warten Sie, das Erschreckendste kommt noch.« (S. 328) Gar die Demokratie wird zusammenbrechen und die radikale Rechte an die Macht kommen, so dass er von seinen Zeitgenossen fordert: »Ihr müsst handeln! Ihr müsst das Risiko unverzüglich verringern!« (S. 335)

Damit kopiert er die Kyniker, die ihren Zeitgenossen interventionistisch vorschreiben wollten, wie sie zu leben hätten, weil die Kyniker selbst ja so weise waren, das zu wissen. Auch Sloterdijk bedient sich dieser Tradition schon seit Jahren. Mason und Sloterdijk berufen sich implizit dabei auch auf Platon, der die Philosophen für so erleuchtet hält, dass sie ihre Zeitgenossen als Könige führen sollten – eine Idee, die auch der Vordenker der US-Neokonservativen Leo Strauss vertritt.

Jedenfalls werden nach Sloterdijk wie nach Mason die politischen und ökonomischen Systeme mit diesen äußeren Herausforderungen nicht zurechtkommen, so dass Mason allein schon aus solchen Gründen den »Untergang des Abendlandes« prophezeit: »Entweder wir beseitigen die Marktwirtschaft geordnet, oder sie wird in abrupten Schüben ungeordnet zusammenbrechen.« (332)

Warum greift Mason indes auf solche beinahe schon traditionelle, vornehmlich von rechten oder ökologischen Propheten gebrauchte Argumente zurück, finden diese sich denn auch nicht am Anfang, sondern gegen Ende seines Buches? Auf knapp 300 von 372 Textseiten kritisiert Mason nämlich den neoliberalen Kapitalismus aus durchaus marxistischer Perspektive.

Eher konventionell bleiben indes noch einige ökonomische Argumente. So lobt Mason das Währungssystem von Bretton Woods aus dem Jahr 1944, mit dem die USA ihren Verbündeten feste Währungsrelationen vorschrieben. Mason bewundert ähnlich wie der linke Soziologe Colin

Crouch, der 2004 mit dem Buch *Postdemokratie* bekannt wurde, das Wirtschaftssystem nach dem Zweiten Weltkrieg, das unter dem Schlagwort von der Sozialen Marktwirtschaft zu höheren Löhnen und verbesserten Sozialsystemen führte. Dabei geniert sich Mason nicht festzustellen: »Der Konservatismus und sogar der Faschismus hatten eine andersartige Solidarität angestrebt, eine die den Interessen des Kapitals diene. Aber es war immer noch Solidarität. Den Neoliberalen schwebte etwas anderes vor: die Atomisierung.« (S. 134) Vielleicht verkennt der linke Traum von Ludwig Erhards sozialer Marktwirtschaft den autoritären und wenig demokratischen Charakter jenes Systems der fünfziger Jahre gar nicht. Vielmehr zeigt sich darin die Nähe zwischen radikalen Linken und neuen Rechten.

Doch der Sündenfall des zeitgenössischen Kapitalismus fand vor beinahe einem halben Jahrhundert statt: US-Präsident Richard Nixon löste 1971 das System von Bretton Woods auf. Vor allem entkoppelte er den Dollar von den Goldvorräten. Damit ebnete er nach Mason den Weg in die neoliberale Aufblähung der Geldmenge, die nicht zuletzt die Finanzkrise 2008 nach sich zog.

Dass jedoch ein Goldstandard dergleichen hätte verhindern können, zeugt von einem Essentialismus bzw. von einem materialistischen Glauben an das Handfeste, an die Solidität und am Ende an Verlässlichkeit – ethische Werte des asketischen Protestantismus. Aber auch Gold hat nun mal keinen festen Preis oder beständigen Wert, der sich nicht plötzlich verändern könnte. Soviel wird ja damit auch nicht angefangen wie z. B. mit seltenen Erden. Staaten können oben-drein ihre Goldreserven manipulieren.

Doch das zentrale Argument Masons, warum der Kapitalismus untergeht, sind nicht primär die unsoliden Finanzen bzw. Währungsstrukturen. Denn das Wirtschaftswachstum, das heute in einer weltweiten Stagnation verharrt, wird seit zwei Jahrzehnten von einer technologischen Entwicklung bedroht, womit Mason in der Tat ein marxistischer Clou gelingt. Nach Marx wird der technische Fortschritt, die Entwicklung der Produktivkräfte, den Kapitalismus in den Zusammenbruch treiben, nämlich zu einer sinkenden Profitrate führen, die das Kapital entwertet, so dass dem Proletariat die Macht über die Produktivkräfte zufällt, weil sie ja von vornherein jene sind, die immer schon an den Schalthebeln der Macht saßen.

Und für Mason gibt es jetzt endlich die Technologie, die die Prognose von Marx erfüllen wird, nämlich die Informationstechnologie: »Es tauchen immer mehr Belege dafür auf, dass sich die Informationstechnologie keineswegs als Grundlage für einen neuartigen, stabilen Kapitalismus eignet. Ganz im Gegenteil: Sie löst ihn auf. Sie zersetzt die Marktmechanismen, höhlt die Eigentumsrechte aus und zerstört die Beziehung zwischen Einkommen, Arbeit und Profit.« (S. 158)

Aber haben Computer und Internet nicht zu einer eminenten Beschleunigung des Wirtschaftswachstums geführt? Bloß vorübergehend, und das nur durch den Markt aufhebende Monopolbildungen, man denke an Microsoft, Google und Apple. In anderen Wirtschaftsbereichen gibt es durchschnittlich vier bis sechs große Anbieter, in der Informationstechnologie regelmäßig höchstens zwei oder gar nur einen. Informationsgüter lassen sich beliebig vervielfältigen und zerstören dadurch klassische Eigentumsrechte – man denke an Musik und Filme, die man im Internet beliebig kopieren kann. Das Internet-Lexikon Wikipedia, das von tausenden Beitragern kostenlos geschrieben wird, hat den Lexikon-Markt zerstört. Im Internet werden Produkte kostenlos und unbeschränkt verfügbar. So schreibt Mason: »Der wesentliche innere Widerspruch des modernen Kapitalismus ist der zwischen der Möglichkeit kostenloser, im Überfluss vorhandener Allmendeprodukte und einem System von Monopolen, Banken und Regierungen, die versuchen ihre Kontrolle über die Macht und die Informationen aufrechtzuerhalten.« (196)

Dabei stützt sich Mason auch auf die Zyklen-Theorie des sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Nikolai Kondratjew, der die Entwicklung des Kapitalismus in 50-Jahre-Zyklen mit einer technologisch implantierten Aufschwungphase und einer entsprechend 25-jährigen Abschwungphase schematisierte und der Stalin damit eigentlich darauf hinwies, dass der Kapitalismus womöglich doch nicht untergehen könnte. Diese Theorien lassen sich heute durch erheblich mehr empirisches Material bestätigen. Für Mason hat aber 2008 ein neuer Zyklus begonnen, der nicht wie üblich durch einen Wirtschaftsaufschwung, sondern durch Stagnation gekennzeichnet ist und somit darauf hindeutet, dass die kapitalistische Entwicklung durcheinander gera-

ten ist. Mason zieht daraus gar den Schluss: »Das geschieht jetzt, weil der Aufstieg des Neoliberalismus das normale Muster der kapitalistischen Fünfzig-Jahre-Zyklen durchbrochen hat. Und das bedeutet, dass sich der mittlerweile 240 Jahre dauernde Lebenszyklus des Industriekapitalismus möglicherweise seinem Ende nähert.« (S. 196)

Mit Hegel sieht das eher nach einer selbsterfüllenden Prophezeiung aus, dass nämlich, wer die Welt in Zyklen ansieht, mag er das noch so sehr empirisch belegen, nun mal auch Zyklen in ihr finden wird. Und wer Zeichen eines bevorstehenden Untergangs sucht, wird diese ebenso finden.

Aber warum muss der Kapitalismus gleich ganz untergehen? Dazu beruft sich Mason auf die Marxsche Arbeitswertlehre, nach der allein lebendige Arbeit Wert produziert und nicht die Maschine. Mason bemerkt, »dass die Arbeitswerttheorie gleichzeitig einen regelmäßigen zyklischen Prozess und einen Prozess beschreibt, der langfristig zum Zusammenbruch führt.« (S. 211) Marx Theorie ist durchaus konsequent: Wenn Wert allein durch die Zugabe lebendiger Arbeit entsteht und die kapitalistische Konkurrenz zu sinkenden Preisen neigt, wird irgendwann für den Kapitalisten kaum noch Mehrwert zu gewinnen sein. Diese Entwicklung beschleunigt sich durch den technischen Fortschritt, der den Prozess unaufhaltsam werden lässt.

Doch dass die Arbeitskraft alleine Wert schöpft, darf genauso bezweifelt werden, wie die daraus von Marx und Mason gefolgerte Untergangsperspektive. 2012 kaufte Facebook die Firma Instagram für eine Milliarde Dollar, eine Firma mit zwölf Mitarbeitern. Zwei Jahre später für 20 Milliarden Whatsapp mit ca. 60 Mitarbeitern. Offensichtlich findet Wertschöpfung nicht alleine durch menschliche Arbeitskraft statt.

Angesichts der Schwäche der Marxschen Arbeitswertlehre beruft sich Mason auf einen anderen Gedanken aus Marx' *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* aus dem Jahr 1858, den Marx später nicht mehr aufgriff, dass nämlich durch Wissen die große Maschinerie die lebendige Arbeit verdrängen wird: »In diesem Modell [...] bricht der Kapitalismus zusammen, weil seine Existenz nicht mit dem gesellschaftlichen Wissen vereinbar ist.« (S. 188) Hatte Marx also bereits eine Vorahnung vom Postkapitalismus? Der

Untertitel von Masons Buch *Grundrisse einer kommenden Ökonomie* suggeriert das.

Doch die Pointe des »Maschinenfragments« aus Marx *Grundrissen* ist eigentlich der Abschied von der Arbeitswertlehre, an der Mason gerade festhält. Die große Maschinerie erzeugt von sich aus Wert, und nicht nur die lebendige Arbeit. Damit würde letztlich Marx Revolutionstheorie zusammenbrechen, die sich gerade auf eine sinkende Mehrwertproduktion durch Konkurrenz und Absatzkrisen stützt. Denn dann ließe sich Wertschöpfung durch Technologie erreichen, was den tendenziellen Fall der Profitrate stoppen könnte.

Marx kann das natürlich so nicht stehen lassen. Im »Maschinenfragment« wird diese Perspektive durch ein gesellschaftlich produziertes Wissen ersetzt, das die große Maschinerie als eine soziale ausgibt, nämlich als ein soziales Wissen, das sich vielfältigen Tätigkeiten verdankt und vor allem nicht privat angeeignet werden kann. Dadurch führt Marx die sinkende Mehrwert- und Profitrate wieder ein, um seine Revolutionstheorie bzw. das Untergangsszenario des Kapitalismus zu retten. Nur bleibt das blass und wird von Schilderungen umgarnt, wie durch eine steigende Produktivität dem Arbeiter ein größeres Maß an freier Zeit zuwächst, die ihm zur Weiterbildung zur Verfügung steht, was seinerseits das Wirtschaftswachstum beschleunigt – eine etwas seltsam anmutende Vorausschau in eine zukünftige Welt, die Marx ansonsten eher meidet, will er sich ja nicht dem Utopismus-Vorwurf aussetzen. Wie es dabei wirklich noch zu einer Revolution kommen soll, wird nicht thematisiert, könnte sich damit ja auch Marx' historisches Subjekt, das Proletariat auflösen.

Mason sieht darin aber eine Antizipation einer erst mit der Digitalisierung eingetretenen Entwicklung gesellschaftlich erzeugten und nutzbaren technologischen Wissens, das sich gleichfalls der privaten Aneignung in den Weg stellt. Zudem entdeckt Mason einen Ersatz für das Proletariat als historisches Subjekt. Als Gegner von Monopolen und gigantischen Konzernen treten Netzwerke von Benutzern, die verhindern, dass Konzerne weiterhin Geschäfte machen können: »Es tobt ein Krieg zwischen Netzwerk und Hierarchie. [...] Das Netzwerk zerstört sowohl die Funktionsfähigkeit als auch die Legitimität des Marktsystems. Wenn das geschieht, wird ein Konflikt ausbrechen, der das Marktsystem kolla-

bieren lassen und durch den Postkapitalismus ersetzen wird.« (S. 196) Denn wenn die Welt vor einem totalen Zusammenbruch bewahrt werden soll, muss es Menschen geben, die den Postkapitalismus human gestalten: »Die vernetzten Bewegungen sind ein Beleg dafür, dass es ein neues historisches Subjekt gibt. Dieses Subjekt ist nicht einfach die Arbeiterklasse in neuem Gewand: Es ist die vernetzte Menschheit.« Eine arg normative Argumentation!

Dazu zählt Mason diverse Protestbewegungen in aller Welt, Umweltgruppen oder den vernetzten chinesischen Arbeiter. Aber sie müssen natürlich noch vieles lernen und sei es von ihren Gegnern: »Wir müssen den Umweltschutzbewegungen und den Gruppen, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen, also Eigenschaften einimpfen, die 25 Jahre lang das alleinige Eigentum der Rechten zu sein schienen: Willenskraft, Zuversicht und einen klaren Plan.« Nicht nur dass sich Mason damit wieder an rechte Politikmuster annähert und man fragen darf, ob die postkapitalistische Perspektive entsprechend abdriftet.

Obendrein erscheint es als fraglich, wie diese Netzwerke mit der Informationstechnologie Geld verdienen können, wenn sich diese ihrer privaten Verwertung widersetzt. Um Autorenrechte wird ja auch schon fleißig gerungen. Diese könnten verloren gehen, während die großen Konzerne durch Monopolstellungen fleißig wachsen, was Masons Untergangsszenario recht fragilisiert.

Das ahnt er wohl selber, wenn es für ihn letztlich auf den Staat ankommen wird, weil Postkapitalismus für Mason nicht nur heißt, dass die Globalisierung zusammenbricht, sondern dass vielmehr daher Nationalstaaten die Märkte und Konzerne kontrollieren und lenken müssen: »Der Staat sollte neue Technologien und Geschäftsmodelle fördern, dabei jedoch stets prüfen, ob sie den beschriebenen strategischen Zielen und Prinzipien entsprechen. [...] Im postkapitalistischen Projekt muss der Staat auch die Infrastruktur koordinieren und planen.«

So habe im Energiesektor der Markt gar nichts mehr zu suchen, wird ansonsten durch die Informationstechnologie eine ökologisch und demographisch nachhaltige, sozial gerechte Überflussgesellschaft entstehen, die keinen Mangel kennt. Andererseits klingt es ein wenig nach George Orwells *Big Brother*, wenn Mason schreibt: »Die

gesammelten Daten unseres Lebens – zu denen in naher Zukunft unsere Fahrgeschwindigkeit, unsere Ernährungsgewohnheiten, unser Body-Mass-Index und unsere Herzfrequenz zählen werden – könnten selbst eine sehr wirksame ›soziale Technologie‹ sein.« Und das soll letztlich auch zu einem neuen Menschen führen, der anders tickt als seine Urgroßeltern. Irgendwie klingt das aber nach Sloterdijks Züchtungsphantasien im Anschluss an Arnold Gehlen. Dann verwundert nicht mehr so sehr, dass er am Ende auf externe Faktoren zurückgreift, die dem Kapitalismus den Garaus machen sollen, wenn die marxistischen Argumente zwar trickreich sind, aber umso konstruierter erscheinen.

So treffen sich der linke Mason und der rechte Sloterdijk im momentan hochpopulären apokalyptischen Denken wieder, dass das Christentum auf den Weg brachte und das die Aufklärung bis hin zu Marx übernahm, während es in anderen Weltreligionen entweder gar keine oder höchstens eine untergeordnete Rolle spielt. Warum hören in der christlichen Welt viele Zeitgenossen so gerne Panikmachern zu? Sollten sie sich nicht lieber ihres eigenen Verstandes bedienen?

Hans-Martin Schönherr-Mann

Jan-Werner MÜLLER, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp, 2016, 160 S., € 15,00

Ist »Populismus« auch eine analytische Kategorie oder nur ein politisches Schlagwort? Diese Frage darf angesichts begrifflicher Unklarheiten und Unschärfen nicht nur im politischen, sondern auch im wissenschaftlichen Diskurs gestellt werden. Denn mit einer gewissen Berechtigung formulierte der US-Historiker Richard Hofstadter einmal: »Jeder spricht über Populismus, aber niemand kann ihn definieren.« Dies hat sich Jan-Werner Müller, der Politische Theorie und Ideengeschichte an der Princeton University lehrt, in seinem Buch *Was ist Populismus?* vorgenommen. Darin will der Autor in eigenen Worten »grundsätzlicher fragen, was Populismus eigentlich ist (oder, anders ausgedrückt: wer wirklich ein Populist ist) und worin das [...] so dringende ›Problem‹ des Populismus denn eigentlich genau besteht« (S. 11). Es gehe ihm dabei, so Müller weiter, um »eine kritische Theorie des Populismus«, die »ohne eine demokratietheoretische Rückver-

sicherung« (S. 13) nicht zu haben sei. Demnach geht es auch um das Demokratie-Populismus-Verhältnis.

Am Beginn stehen Erörterungen von bisherigen Begriffsbestimmungen, die einer kritischen Betrachtung hinsichtlich der Bezugsebenen und Trennschärfen ausgesetzt werden. Danach präsentiert der Autor seine eigene Definition: »Populismus [...] ist eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehören.« (S. 42) Und weiter heißt es: »Hinzu kommen muss noch der dezidiert moralische Anspruch, dass einzig die Populisten das wahre Volk vertreten; alle anderen vermeintlichen Repräsentanten der Bürger seien auf die eine oder andere Art illegitim« (S. 44). Demnach sieht Müller in der antielitären und der antipluralistischen Dimension in Kombination miteinander die herausragenden Kriterien zur Populismus-Bestimmung. Es gehe demnach nicht um eine Ideologie, sondern um ein Politikverständnis. Nicht alle als populistisch geltenden Bestrebungen seien daher auch populistisch.

Danach konzentriert Müller sich auf die populistische Praxis, wobei eine Fixierung auf die Funktion als Herrschaftsinstrument erfolgt. Er nennt hierbei »die Vereinnahmung des gesamten Staates; Loyalitätsbeschaffung durch Massenklientelismus; Unterdrückung der Zivilgesellschaft und, wenn möglich, der Medien« (S. 70). Kritisch angemerkt werden darf, dass dem Populismus als Oppositionsbewegung keine nähere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Darüber hinaus wären auch Ausführungen zur Interaktion von populistischem Akteur und seinem Publikum wünschenswert gewesen. Und schließlich fragt der Autor nach angemessenen Gegenstrategien, wobei sowohl die Ausgrenzung wie Gesprächsverweigerung kritisch kommentiert werden. Er formuliert auch Einwände gegen die Forderung nach einem »Linkspopulismus«, denn: »Ein Europa, in dem sich Rechts- und Linkspopulisten bewaffnet mit ihrem jeweiligen ›Volks‹-Entwurf gegenüberstehen und sich im Zweifelsfall gegenseitig die politische Legitimität absprechen, ist eine Horrorvision« (S. 123).

Müllers Ausführungen, die im Untertitel als »ein Essay« benannt wurden, gingen aus Vorträ-

gen hervor. Dies erklärt die angenehme Lockerheit der Schreibe, aber auch das gelegentliche Fehlen von Systematik. Während bei der Definitionsfrage ganz wichtige Anregungen für eine Kombination von antielitären und antipluralistischen Merkmalen vorgetragen werden, fehlt diese Klarheit und Stringenz mitunter bei den Erörterungen zu den Gegenstrategien und zur Praxis. Gleichwohl können auch die Betrachtungen zum »demokratischen Umgang mit Populisten« (S. 91) im reflektierenden Sinne mit Gewinn gelesen werden. Dies gilt in weit höherem Maße für die Ausführungen zur Definition, wobei dieser bei Müller auch eine demokratietheoretische Komponente zugrunde liegt. Hierbei beweist der Autor großes Differenzierungsvermögen. Allein schon bei der Unterscheidung der Parolen »Wir sind das Volk« und »Wir sind auch das Volk« wird dies deutlich. Es ist noch nicht *das* Buch zum Populismus, aber ein Schritt auf dem Weg dorthin.

Armin Pfahl-Traughber

Ingo PIES / Martin LESCHKE: *John Maynard Keynes' Gesellschaftstheorie, (Konzepte der Gesellschaftstheorie. Bd. 20), Tübingen: Mohr Siebeck, 2015, 293 S., € 39,00*

Im Zuge der jüngsten Finanzkrise sahen sich viele Nationalstaaten auf dem gesamten Globus dazu genötigt, dem drohenden Unheil in Form von realwirtschaftlichen Umwälzungen durch entsprechende fiskal- und geldpolitische Gegenmaßnahmen zu begegnen. Als berühmter Advokat solcher Maßnahmen erlebte John Maynard Keynes, der längst totgesagte Krisen-Ökonom des vergangenen Jahrhunderts, sowohl im Diskurs der ökonomischen Zukunft als auch in der öffentlich-medialen Auseinandersetzung eine Renaissance. Manch einer meinte sogar die »Rückkehr des Meisters« (Robert Skidelsky, 2010) proklamieren zu können. Die erneute und bis heute andauernde Beschäftigung mit Keynes und seinem Werk verfolgt dabei vor allem das Ziel, weitverbreitete Ressentiments gegen diesen zu widerlegen.

In diesem Zusammenhang bemüht man sich insbesondere um eine ganzheitliche Behandlung von Keynes, um diesen umfassend und nicht nur in seiner Rolle als Ökonom zu würdigen. Auch

dem von Ingo Pies und Martin Leschke anlässlich einer Tagung herausgegebenen Sammelband *John Maynard Keynes' Gesellschaftstheorie* lässt sich ein ähnliches Ansinnen attestieren, insofern darin versucht wird, den Beitrag Keynes' zur Erörterung sozialwissenschaftlicher Problemstellungen herauszustellen.

Den Auftakt übernimmt Ingo Pies, der in einem kurzen biographischen Abriss die wichtigsten Lebensstationen von Keynes skizziert (S. 2–10). Anschließend wird die These vertreten, dass Keynes' Bedeutung nach dessen eigener Wahrnehmung weniger im Wirken als Wissenschaftler, als vielmehr in der Tätigkeit als Publizist zu sehen ist, der an der Schnittstelle von Experten- und Medien-Diskurs zur Aufklärung der Bevölkerung beizutragen versucht hat (S. 10–16). Daraufhin werden Keynes' ökonomische Grundpositionen rekonstruiert, wobei dem gängigen Bild von jenem als einem Propagandisten von Inflation, Staatsdefiziten und konjunktureller Feinsteuerung entschieden widersprochen wird (S. 16–30). Der Aufsatz schließt mit einer Behandlung des Verhältnisses der häufig einander gegenübergestellten Antipoden Keynes und Hayek (S. 30–37).

Walter Reese-Schäfer beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Keynes' Teilhabe an der Friedenskonferenz von Versailles. Daran hatte Keynes als Vertreter der englischen Delegation teilgenommen, um nach nur kurzer Zeit von seinem Amt zurückzutreten und anschließend die Härte des Friedensvertrages in *The Economic Consequences of the Peace* schonungslos anzuprangern. Dabei gibt der Aufsatz inhaltlich wieder, wie Keynes die Vorkriegszeit (S. 42f.), den Verlauf der Konferenz (S. 43ff.) sowie den Inhalt des Friedensvertrages (S. 45–50) in seinem berühmten Essay schildert.

Darauf folgend fragen sich Julia Köhn und Birger P. Priddat in ihrem gemeinsamen Aufsatz, ob es sich bei Keynes tatsächlich um einen Vertreter des Liberalismus gehandelt hat. Die Frage wird von den Autoren umstandslos bejaht (S. 69), wobei sein ambivalentes Verhältnis zum Konzept der negativen Freiheit durch seine ideologische Nähe zum *Neuen Liberalismus* erklärt wird (S. 71ff.). Jener stellt eine politische Weltanschauung dar, die in Abgrenzung und Ergänzung zum klassischen Liberalismus nicht nur in der Abwesenheit von intentional ausgeübtem Zwang Frei-

heit verwirklicht sieht, sondern auch nach den materiellen Bedingungen für ein autonomes und selbstbestimmtes Leben fahndet (S. 83–89).

Martin Leschke widmet sich sodann der Frage, wie die von Keynes und dem *Keynesianismus* artikulierten wirtschaftspolitischen Empfehlungen konkret aussahen; dies vor allem mit Blick auf die deutsche Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Zunächst legt der Autor Keynes' Gründe für aktive Staatseingriffe in das Wirtschaftsgeschehen dar. Die Notwendigkeit von expansiver Fiskal- und Geldpolitik wird, verkürzt gesprochen, spieltheoretisch über ein Koordinationsspiel erklärt, das Investoren und Konsumenten zusammen spielen. Interventionistische Maßnahmen seien nötig, um im Krisenfall die Erwartungen der Marktakteure zu verbessern und so aus einem stabilen Unterbeschäftigungsgleichgewicht herauszuführen (S. 112f.). Danach wird der keynesianische Einfluss auf die deutsche Wirtschaftspolitik geschildert. Der verspätete Einzug keynesianischer Ideen wird mit dem Wirtschaftswunder erklärt, mit dem vor allem das vom *Ordoliberalismus* propagierte Konzept einer sozialen Marktwirtschaft assoziiert werde und das ohne keynesianische Konjunkturpolitik auszukommen schien. Nachdem der *Keynesianismus* infolge der ersten wirtschaftlichen Schwächeerscheinungen »salonfähig« geworden sei, sei es dann durch einen unverhältnismäßigen Anstieg von Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit zu einer Ablösung durch den *Monetarismus* gekommen (S. 120–125). Zu guter Letzt plädiert der Verfasser für eine Integration von nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik in eine angebotsorientierte Ordnungspolitik (S. 126–130).

Eduard Braun und Mathias Erlei beschäftigen sich im Anschluss mit Keynes' Erklärung der Weltwirtschaftskrise. Dazu entwickeln sie die Grundbegrifflichkeiten der Theorie der effektiven Nachfragen aus der *General Theory* und zeigen auf, wie sie miteinander zusammenhängen (S. 156–167). Ursache für die große Rezession sei Keynes zufolge gewesen, dass die Grenzproduktivität des Kapitals unter den Zins gefallen sei. Sodann versuchen die Autoren mit Hilfe einer Neukyenesianischen Mikrofundierung des Multiplikatoreffekts die mangelnde Allgemeingültigkeit von eben jenem darzutun (S. 167–176). Anschließend wird dem bislang Gesagten die *Österreichische Konjunkturtheorie* gegenübergestellt,

die im Gegensatz zur Keynes'schen – wohlgermerkt nicht Keynesianischen – Krisen endogen erklärt und nicht als exogen gegeben voraussetzt. Abschließend sprechen sich die Autoren für eine Weiterentwicklung der *Österreichischen Konjunkturtheorie* durch die Berücksichtigung des Multiplikatoreffektes aus (S. 176–182).

Ingo Pies geht hierauf der Frage nach, ob es sich bei dem von Keynes verfassten Aufsatz *Economic Possibilities for Our Grandchildren* um ein sozialwissenschaftliches Meisterstück handelt. Dem Aufsatz, der von der wirtschaftlichen Zukunft, von Keynes' Perspektive aus betrachtet in hundert Jahren – im Jahr 2030 also –, handelt, attestiert er alles, was hierfür nötig sei. So sei der Aufsatz eloquent formuliert und entfalte eine große Suggestivwirkung, gepaart mit umfassenden historischen Beobachtungen und überraschenden Prognosen bezüglich der Zukunft (S. 232).

Abschließend wendet sich Richard Sturn in seinem Epilog gegen verzerrte Auslegungen und interpretatorische Desiderate, die sich nur noch auf einzelne Metaphern, Wendungen und Begriffe eines Autors beschränken und denen große Ökonomen häufig zum Opfer fallen, weil sie abgesehen von ein paar Zitaten nur noch »aus zweiter Hand« rezipiert werden (S. 256). Auch Keynes sei dieses Schicksal widerfahren. Aus diesem Grund schlägt der Autor auch vor, die Überlegungen Keynes' aus dem theoretisch-politischen Komplex herauszuheben, den man gemeinhin als *Keynesianismus* bezeichnet, um die einzelnen Ideen und Theorieelemente wieder durch Neukombinationen für die wissenschaftliche Debatte fruchtbar zu machen (S. 279).

Der von Ingo Pies und Martin Leschke herausgegebene Tagungsband sowie die in ihm versammelten Aufsätze legen auf beeindruckende Weise Zeugnis ab von dem Umfang und der Kreativität des Schaffens von Keynes. Die abgedeckte Bandbreite von Themen vermag das allzu häufig oberflächliche bis gar unzutreffende Bild von Keynes als kruden Repräsentanten von Inflationierung, Staatsverschuldung und Globalsteuerung, dem man so häufig begegnet, zu revidieren. Dem Sammelband gelingt es durchaus, Keynes durch die Beleuchtung seines sozialwissenschaftlichen Beitrags in ein neues Licht zu rücken.

Kritisch anzumerken ist allerdings, dass die einzelnen Beiträge nicht so recht miteinander

verbunden sind und so den Eindruck erwecken, bruchstückhaft nebeneinander zu stehen – ein Mangel, der für Tagungsbände leider allzu typisch ist. Auch im vorliegenden Fall haben weder die Herausgeber den Versuch unternommen, eine Verknüpfung zwischen den einzelnen Aufsätzen herzustellen, noch zeichnet einer der Beiträge ein Gesamtbild von Keynes' Gesellschaftstheorie. Insofern stellt sich die Frage, wie die einzelnen sozialen Bereiche, vor allem das Wirtschaftliche und Politische, bei Keynes miteinander zusammenhängen. Sind es seine ökonomischen Schriften, die als fixen Ausgangspunkt für die Analyse seiner politischen Überlegungen zu wählen sind, weil er dort die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus positiv untersucht, um daraus normative Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik abzuleiten? Oder sind es die politischen Schriften, die den inhaltlichen Bezugsrahmen für seine Ökonomik liefern? In dem Sammelband wird zwar viel Gesellschaftstheoretisches von Keynes skizziert, aber eben keine kohärente Gesellschaftstheorie. Selbstverständlich ist richtig, dass es kaum möglich sein dürfte, einem Denker wie Keynes, der sich auf so vielen Ebenen und unterschiedlichen »Koordinatensystemen« (S. 258) bewegt hat, in allen Facetten seines Denkens gerecht zu werden. Da der Sammelband aber durch seinen Titel mit einem so lautenden Anspruch auftritt, wäre eine Darstellung dieser Gesellschaftstheorie in ihrer Gänze wünschenswert gewesen.

Darüber hinaus ist es bedauerlich, dass keiner der Aufsätze die noch unveröffentlichten Teile des Gesamtwerkes Keynes' (*The Papers of John Maynard Keynes*) behandelt, die bislang noch nicht in den *Collected Writings* publiziert wurden, die aber in den Archiven der Bibliothek des *King's Colleges* den Lauf der Zeit überdauert haben. Diese umfassen beispielsweise auch die von Keynes handschriftlich verfassten Vorträge, die er in seiner Studierendenzeit als aktives Mitglied bei den Cambridge Aposteln verfasste. Dort trug er mehrfach vor, überwiegend zu philosophischen Themen. Im Fokus seiner Kontemplationen stand vor allem die Moralphilosophie und Ästhetik George Edward Moores, so wie dieser sie in seiner 1903 veröffentlichten Abhandlung *Principia Ethica* entwarf. Der Verdienst, auf die Existenz dieser Manuskripte erstmals hingewiesen zu haben, gebührt Robert Skidelsky (1986). Seitdem hat sich eine kleine Gruppe von Forschern gebil-

det, die sich mit diesen Niederschriften intensiv auseinandersetzt. Zu nennen wären hier unter anderem etwa David Andrews (*Keynes and the British Humanist Tradition. The Moral Purpose of the Market*, 2010), Bradley Bateman (*Keynes's Uncertain Revolution*, 1999), John Davis (*Keynes's Philosophical Development*, 1999), Gilles Dostaler (*Keynes and his Battles*, 2007), Athol Fitzgibbons (*Keynes's Vision: A New Political Economy*, 1988), Piero Mini (*Keynes, Bloomsbury and The General Theory*, 1991) Roderick O'Donnell (*Keynes: Philosophy, Economics and Politics. The Philosophical Foundations of Keynes's Thought and their Influence on his Economics and Politics*, 1989).

Dass diese sogenannte *Keynes als Philosoph*-Debatte, abgesehen von ein paar Bemerkungen am Rande, im Sammelband vollkommen ungewürdigt bleibt, ist schade, weil so eine weitere Chance für die Rezeption dieser Papiere und die um sie kreisende Debatte im deutschsprachigen Raum vertan wurde. (Die hierzu einzige Veröffentlichung im deutschsprachigen Raum ist bis heute jene von Elke Muchlinski, *Keynes als Philosoph*, 1996). Dies ist vor allem deshalb bedauerlich, weil Keynes dort eine eigene Ethik – präziser: einen idealistischen Handlungsutilitarismus – entwickelt, die das Produkt einer kritisch-konstruktiven Auseinandersetzung mit Moores *Principia Ethica* darstellt und die als das gesuchte Bindeglied zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Schriften fungieren kann. Nach diesem idealistischen Handlungsutilitarismus, dem Keynes zeit seines Lebens anhängen sollte, besteht die moralisch richtige Handlung in der Schaffung von guten Bewusstseinszuständen sowie von Gegenständen, die eben jene Bewusstseinszustände zu affizieren vermögen, nicht nur für sich, sondern auch für andere Menschen. Dies hat aber nicht nur eine ethische, sondern auch eine ökonomische und politische Dimension: Sowohl Ökonomik als auch Politik werden normativ auf die Verfolgung eines ethischen Zwecks verpflichtet. So schreibt Keynes beispielsweise über das Verhältnis von Ethik und Ökonomik in einem Brief: »Along one line of origin at least, economics more properly called political economy is a side of ethics. Marshall [Alfred Marshall, bedeutender Vertreter der neoklassischen Nationalökonomie und Keynes' Lehrer in Cambridge, Anmerkung CK] always used to insist

that it was through ethics he arrived at political economy and I would claim myself in this, as in other respects, to be a pupil of his. I should have thought that nearly all English economists in the tradition [...] reached economics that way. There are practically no issues of policy as distinct from technique which do not involve ethical considerations« (John Maynard Keynes, »Brief vom 3. Dezember 1941 an W. Temple« in: *The Papers of John Maynard Keynes*, PP/45/325, King's College Archive Centre, unveröffentlichtes Manuskript).

Es handelt sich bei der Ökonomik Keynes zufolge um einen Zweig der Ethik. So sei die wirtschaftliche Tätigkeit auf eine bestimmte Vorstellung eines guten Lebens, wie Keynes es selbst nennt, auszurichten. Dieses besteht im Erleben von guten Bewusstseinszuständen. Diese stellen sich bei unterschiedlichen Gelegenheiten ein: zum einen beim menschlichen Miteinander – zwischen Liebenden und Freunden sowie in der Familie –, zum anderen bei der Betrachtung von ästhetischen Objekten, seien es nun von Menschen geschaffene Kunstwerke oder die Schönheit der Natur. Analoges gilt für das Verhältnis von Ethik und Politik. Ein solches Primat der Ethik gegenüber der Ökonomik und der Politik, kann als Wiederherstellung – im Sinne eines modernen, funktionalen Äquivalents – der Trias der praktischen Philosophie verstanden werden. Bei dieser handelt es sich um die vormoderne Vorstellung einer unter ein gemeinsames Ziel subsumierten Einheit von Ethik, Politik und Ökonomik. Es ist insofern ernsthaft in Zweifel zu ziehen, ob Keynes überhaupt beabsichtigte eine positive Gesellschaftstheorie zu verfassen.

Christian E. W. Kremser

Thomas PIKETTY, *Die Schlacht um den Euro. Interventionen*, München: C. H. Beck, 2015, 175 S., € 14,95

Die Europäische Union steht am Abgrund; sie wird scheitern, wenn die verantwortlichen Politiker nicht schnell und entschieden tun, was sie tun müssen und auch tun könnten – das ist das kurz gefasste Fazit von Thomas Pikettys »Interventionen«. In allererster Linie geht es darin um die Gemeinschafts-Währung, den Euro, den Piketty in Gefahr sieht, während andere Probleme, etwa

der Zustrom von Flüchtlingen nach Europa oder die Klimapolitik, allenfalls am Rande erwähnt werden.

Weil Piketty überzeugter Europäer ist, drehen sich all seine Überlegungen um die Frage, wie dieses Projekt zu retten und weiter zu verbessern ist, statt es scheitern zu lassen. Im Fokus stehen stehen damit politische Entscheidungen zu wirtschaftlichen Fragen, die eines institutionellen Überbaus bedürfen.

Pikettyps Ausgangs-These ist, dass sich eine Währung mit verschiedenen Zinssätzen auf die Schulden der Staaten, gegen die das internationale Kapital spekuliert, durch die Europäische Zentralbank (EZB) erfolgreich nicht verteidigen lässt. Die einzige nachhaltige Lösung, um der Spekulation auf die 17 Zinssätze der Eurozone Einhalt zu gebieten, besteht darin, die Schulden zu vergemeinschaften, durch Eurobonds eine gemeinsame Schuld zu schaffen. Gemeinsame Schuldtitel verlangen aber nach einer starken, demokratisch legitimierten europäischen Instanz, die derzeit nicht vorhanden ist. Piketty schlägt deshalb vor, einen »Europäischen Haushaltssenat« zu einzurichten, in dem Abgeordnete der Finanz- und Sozialausschüsse derjenigen Länder vertreten sein müssen, die zur Vergemeinschaftung der Schulden bereit sind. Daraus entsteht gewissermaßen ein »harter Kern« von Ländern, die zu einer politischen Union, zu den Vereinigten Staaten von Europa bereit sind. Kommt es dazu nicht, sieht er als Konsequenz die Rückkehr zu nationalen Währungen, also die Abschaffung des Euro.

Von besonderer Wichtigkeit scheint ihm, dass das bisher praktizierte »intergouvernementale« Verfahren, bei dem die Regierungs-Chefs hinter verschlossenen Türen irgendwie irgendetwas auskungeln, durch einen »föderalistischen« Senat ersetzt wird, der Mehrheits-Entscheidungen nach parlamentarischen Regeln, also in öffentlichen, transparenten und demokratischen Auseinandersetzungen trifft. Damit würde auch der Grundirrtum wenigstens teilweise korrigiert, den Piketty darin ausmacht, dass man sich einbildete, eine Währung ohne Staat, eine Zentralbank ohne Regierung und eine gemeinsame Geldpolitik ohne gemeinsame Haushaltspolitik schaffen zu können. Denn eine Währungsunion ohne Wirtschaftsregierung zu schaffen, war schon in ruhigen Zeiten riskant, in einer – wie gegenwärtig – schwierigen Krise aber muss man das Risiko eines allgemeinen Zusammenbruchs ernst nehmen.

Wenn die führenden europäischen Politiker, namentlich nennt er immer wieder die französischen Präsidenten Sarkozy und Hollande sowie Bundeskanzlerin Merkel, wie schon in der Vergangenheit auch weiterhin nicht bereit sein sollten, sich auf diese Maßnahmen zu einigen, sieht Piketty den Euro scheitern – das wäre eine Katastrophe für Europa, besonders natürlich für einzelne Mitglieder, gegen die das internationale Kapital hemmungslos spekulieren würde, weil die obszönen Vergütungen im Finanzsektor ein enthemmtes Risikoverhalten befördert und damit zweifellos zur gegenwärtigen Krise beigetragen haben. Wenn man den Kapitalismus aber sich selbst überlasse, führe das unweigerlich zu Katastrophen. Dabei hätte Europa das Potential, die Finanzmärkte endlich einer wirksamen Kontrolle zu unterwerfen, weil es die weltweit größte und stärkste Wirtschaftsmacht sei, und diese Macht müsse es auch nutzen. Europa sei ein Riese, verhalte sich aber wie ein Angsthase, und das gelte es zu ändern!

Um der Misere zu begegnen, hält Piketty die Einführung von nur zwei Werkzeugen für zwingend: die Vergemeinschaftung der Staatsschulden der Eurozone sowie die Vergemeinschaftung der Körperschaftssteuer. Seiner Meinung nach kann dadurch dem desaströsen Verhalten der »Märkte« Einhalt geboten werden, die die Finanzkrise ausgelöst haben und weiterführen. Seine Agenda ist damit aber bei weitem noch nicht abgeschlossen. Er fordert eine umfassende Steuerreform, das Unterbinden der Steuerflucht und die Senkung der Mehrwertsteuer zugunsten der Verbraucher und der Konjunktur. Um der rapide wachsenden Einkommens- und Vermögens-Ungleichheit zu begegnen, sollen große Vermögen weit stärker, niedrige Einkünfte dagegen deutlich schwächer besteuert, die Einkommen der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten deutlich angehoben werden. Der Steuerwettbewerb zwischen den Staaten der EU müsse beendet und die Profite, die durch die Neo-Liberalisierung in unanständigem Umfang gewachsen seien, fiskalisch wenigstens teilweise umverteilt werden, um höhere soziale, ökonomisch bedeutsame Gerechtigkeit zu erreichen.

Das ist ein moderates, zeitgenössisch wichtiges linkes Programm, das aber allenfalls von Parteien am Rande des europäischen Spektrums gefordert wird; sollten diese »linken« Forderungen

aber nicht erfüllt werden, sieht Piketty deutlich die Gefahr des weiteren Erstarkens rechtspopulistischer Positionen, die die aufgeklärte, soziale Demokratie beenden könnten.

Piketty hat mit *Die Schlacht um den Euro* zweifellos eine überaus interessante Schrift vorgelegt, die allerdings an dem kleinen Nachteil leidet, dass die Beiträge teilweise ziemlich alt und der Text in sich nicht geschlossen ist, sondern aus einzelnen Beiträgen besteht, die in der Zeit von 2008–2015 in der französischen Zeitung *Libération* erschienen sind. Piketty nennt sie »Interventionen«, also Einmischungen, die er in der »Schlacht um den Euro« als Wissenschaftler für dringend geboten hält. Dadurch kommt es jedoch nicht nur zu Wiederholungen, es fehlen oft auch Erklärungen, die Piketty dem Zeitungsleser wohl nicht zumuten wollte. Wer nach einer geschlossenen, wissenschaftlich fundierten Darstellung sucht, findet sie in seiner großen Schrift *Das Kapital im 21. Jahrhundert*.

Bernd M. Malunat

Günther RÜTHER, *Die Unmächtigen. Schriftsteller und Intellektuelle seit 1945*, Göttingen: Wallstein Verlag, 2016, 350 S., € 24,90

Der Begriff stammt von Hans Joachim Schädlich, einem hoch angesehenen Schriftsteller, der 1976 den Protest gegen die zwangsweise Ausbürgerung Wolf Biermanns unterzeichnete und, nach allen denkbaren Schikanen, ein Jahr später in die Bundesrepublik ausreisen durfte; er verwandte ihn 1978 erstmals in einem Interview mit der »Zeit«. Günther Rüter hat ihn jetzt feinsinnig – und mit Zustimmung des Urhebers – aufgenommen, um ihn in den Titel seiner breit angelegten Studie über das Verhältnis von Geist und Macht in den ehemals beiden Staaten in Deutschland zu setzen: »Unmächtig« meint nicht ohnmächtig. Das sind die Intellektuellen, um die es in Rütters Buch geht, oft genug auch, ohne jedoch an ihrer Ohnmacht gegenüber den Mächtigen zu zweifeln zu müssen, wie Christoph Hein, einer der wenigen wirklich Mutigen in der ehemaligen DDR, in einer Rede im September 1989 seinen Kollegen zurief; er verzweifelte damals nicht an der Ohnmacht der Schriftsteller, sondern an deren Schweigen, als die meisten sich scheuten, selbst zu diesem späten Zeitpunkt, in den letzten Tagen

einer zerfallenden Ordnung, vernehmbar ihre Stimme zu erheben.

Unmächtig meint: nicht an der Macht und ihrer Ausübung unmittelbar beteiligt zu sein. Das sind Schriftsteller in der Regel nicht – Ausnahmen wie Johannes R. Becher, der lange Jahre Kultusminister in der DDR war, ausgenommen. Unmächtig muss gar, ob er es will oder nicht, sein, wer der Macht in Augenhöhe begegnen will, bereit, fähig und willens, sie zu kritisieren, unangepasst im eigenen Denken und gewappnet gegen die Verführung, sich vereinnahmen zu lassen. Wer einem solchen Lebensentwurf folgt, hat es schwer, ist nicht selten sehr einsam und sitzt oft genug zwischen allen Stühlen. Wer die Distanz zwischen Literatur und Politik allerdings preisgibt, um unter die warme Decke der Macht zu kriechen und sich dieser anzudienen, ist – vor allem in der Diktatur – gezwungen, hinfort mit seinen Überzeugungen hinter dem Berg zu halten, wenn nicht gar Verrat an diesen seinen Überzeugungen zu üben. Zwischen beiden Polen öffnet sich allerdings eine breite Grauzone teils auf Abstand gehender, teils sich um Annäherung bemügender Verhaltensweisen. Sie beschreibt Rüter in seinem Buch, das den Anspruch einer Kulturgeschichte der beiden Staaten in Deutschland vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart erheben darf: ein die Fülle des Stoffs mit leichter Hand bewältigender, kenntnisreicher, spannender und klarsichtiger Überblick, der Höhen und Tiefen des Verhältnisses von Geist und Macht in acht Jahrzehnten deutscher Geschichte – und, *nota bene*, Kulturpolitik – beleuchtet.

Dabei spannt Rüter einen weiten geschichtlichen Bogen von den Jahren nach Kriegsende bis zur Gegenwart – immer seiner Leitfrage folgend: Wie haben sich Politik und Literatur, die Mächtigen und die Unmächtigen, wechselseitig zueinander in Beziehung gesetzt? Er knüpft damit an sein 2013 ebenfalls bei Wallstein erschienenes Buch *Literatur und Politik: ein deutsches Verhängnis?* an – jetzt unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung des Verhältnisses von Geist und Macht im geteilten Deutschland. Von seiner stupenden Text- und Quellenkenntnis hat der Leser reichen Gewinn, indem dieser sich mit den Originalzitate der Literaten zumeist auch den Stand der jeweiligen politischen Debatten, die sich in den Worten der Schriftsteller widerspiegeln, in Erinnerung rufen kann.

Dabei wird die enge Verzahnung von Literatur und Politik unter den Vorzeichen der starken Politisierung besonders der sechziger, siebziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts – in Ost und West – deutlich. Diese Verzahnung ist allermeist nicht im Sinne einer Synthese von Geist und Macht zu verstehen. Ob es die überhaupt geben kann, lässt Rüther aus guten Gründen als eine offene Frage stehen. Sicher ist allerdings, dass es die Symbiose, wie sie immer wieder – mal von Politikern, mal von Literaten – angestrebt wurde, nicht geben kann. Als dieser Traum zuletzt in den Gründungsjahren der DDR viele Schriftsteller erfüllte – und anfänglich beflügelte, wurde sehr schnell klar, worin sich das wahre Gesicht dieser Vorstellung einer Symbiose zeigt: »Sie bestand darin, dass die Politik von der Kultur erwartete, ihr nützlich zu sein und sich unterzuordnen.« (S. 59) Wenn sich die Unmächtigen den Mächtigen anbiedernd in die Arme werfen, ziehen sie den Kürzeren – und zwar immer!

In sechs Kapiteln verfolgt Rüther das Beziehungsverhältnis von Literatur und Politik, beginnend mit der Zeit, da Deutschland in Trümmern lag, und die »Schuldfrage« auch in der Debatte der Intellektuellen alles beherrschte; dabei neigten manche Schriftsteller dazu, ihre eigene nationalsozialistische Vergangenheit vergessen zu machen, indem sie nach 1945 umso lauter in das Horn gegenwartsbezogener politischer Kritik an der jungen Republik und ihren Repräsentanten stießen. Gerne wurde die Schuldfrage im Blick auf Dritte gestellt, und längst nicht jeder hatte den Mut, sich wie Gottfried Benn zu seinem »Doppelleben« – so der Titel des Buches aus dem Jahr 1950 – zu bekennen. Heftig gestritten wurde – auch zwischen den tatsächlichen Gegnern der Hitlerschen Zwangsherrschaft – über die Frage, ob die innere Emigration oder das äußere Exil die angemessenere Form darstellte, dem Unrecht die Stirn zu bieten. Eine Auseinandersetzung, die uns heute im geschichtlichen Abstand vielleicht fremd und zweitrangig erscheinen mag, damals aber, vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebensschicksale, ein beherrschendes Thema war.

Rüther zeichnet alle diese Auseinandersetzungen nach, zumal sich diese bis weit in die 50er Jahre hineinzogen – jene Ära, die sich mit dem Namen Konrad Adenauers wie mit keinem anderen Namen verbindet. Damals ging im Westen

das Gros der Literaten auf Distanz zu Adenauers Politik, der vorgeworfen wurde, die Chance eines Neubeginns zu verspielen, um statt dessen alte Verhältnisse erneut ins Recht zu setzen. Herausragend in diese Richtung wirkte die »Gruppe 47«, auf die im Buch nicht zuletzt wegen ihres großen Einflusses ausführlich eingegangen wird. Von nachhaltiger Wirkung war dieser Vorwurf restaurativer Politik, bis heute hallt er nach und hat Eingang in manches Geschichtsbuch gefunden. Hans Magnus Enzensberger beförderte diese Charakterisierung in *Mittelmaß und Wahn* (1988) wortgewaltig auf die Müllhalde der Irrtümer, als er den Linksinтеллектуellen vorwarf, ihre damaligen Deutungen und Mahnungen seien »allesamt falsch gewesen«, Ergebnis einer selbstverschuldeten Verblendung, weil sie – so die harsche Vorhaltung Enzensbergers ausgerechnet gegenüber den Schriftstellern – nicht wussten, was ihre Worte bedeuteten – und bezog nachdenklich in diese gesammelten Irrtümer der 50er und 60er Jahre ohne Einschränkung seine eigenen mit ein. (S. 278)

Im Osten verliefen die Debatten zu dieser Zeit so ganz anders als im Westen, wenn auch nicht weniger anfällig für Fehleinschätzungen und Irrtümer im genannten Sinne: Unter der Fahne des »Antifaschismus« sammelten sich zunächst sehr viele Schriftsteller, die – mehr oder weniger – der neuen Führung huldigten. Selbst anlässlich der Volksaufstände am 17. Juni 1953 und dem einige Jahre später erfolgten Bau der Mauer am 13. August 1961 fanden sich nur recht wenige Intellektuelle, die zum Protest bereit waren. Schnell zeigte sich allerdings, »dass es keine Chance der Vermittlung [...] zwischen dem subjektiv Notwendigen in der Poesie und dem ideologisch Erwünschten in der politischen Praxis gab.« (S. 145) In der Folge lavierten manche Schriftsteller zwischen Kritik und Konformität – allen voran Bert Brecht, und viele opferten die allfällige Kritik der Linientreue, sich selbst damit rechtfertigend, dass man dem guten Zweck – dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft – nun eben einmal Opfer bringen müsse. Das Schweigen der Literaten im Osten fand anschließend eine eher sanfte Entwertung der Schriftsteller im Westen. Immerhin: Günter Grass zeigte sein Unverständnis angesichts der Heuchelei, zu der Brecht und viele andere ihre Zuflucht nahmen – wenn auch fast anderthalb Jahrzehnte nach den Ereignissen von

1953 und in der Sprache der Literatur, im Jahr 1966, mit dem Theaterstück *Die Plebejer proben den Aufstand*.

Während sich im Osten auch in den 60er und 70er Jahren an dieser Gemengelage – Linientreue bei gelegentlich sehr maßvollen Beanstandungen – kaum etwas änderte, erlebte der Westen zum Ende der 60er Jahre eine tiefe Zäsur: Mit der Großen Koalition 1966 kündigte sich jener »Machtwechsel« (Arnulf Baring) an, den Willy Brandt dann 1969 nach der Bundestagswahl vollzog. Ihm voraus ging eine organisierte Unterstützung vieler westdeutscher Schriftsteller zugunsten der deutschen Sozialdemokratie. Vor allem Grass trommelte unentwegt für Brandt und eine linke Mehrheit bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972. Das Verhältnis zur Union schien den meisten Intellektuellen ein für allemal zerrüttet – nicht zuletzt aufgrund mancher Ungeschicklichkeiten auf dieser Seite – und noch in der erregten Debatte über die Nachrüstung Anfang der 80er Jahre – jenem Jahrzehnt, in dem die DDR in eine bleierne Stagnation verfiel und vielen Schriftstellern die Luft zum Atmen wegpresste – verfestigte sich dieser Eindruck. Helmut Kohl war es dann, der Schritt für Schritt die verhärteten Fronten aufzuweichen versuchte. Er mühte sich in vielen kleinen Schritten um eine Annäherung – ganz entgegen dem Image, das gerade Intellektuelle in Deutschland von ihm als einem angeblichen Politiker aus der Provinz zu verbreiten suchten. Erst nach der Wiedervereinigung 1990 – vor der viele Intellektuelle warnten und sich während ihres Vollzugs »die Schriftsteller als die Bedenkenträger der Nation erwiesen« (S. 246) – änderte sich das ein wenig, als schließlich auch schärfste Kritiker Kohls in den 90er Jahren nicht umhin kamen, seinen politischen Entscheidungen historische Bedeutung zuzubilligen.

Rüther, der nicht selten an dieser schrittweisen Annäherung einen gewichtigen Anteil hatte, aber verschwiegen genug ist, darauf nicht zu sprechen zu kommen, schildert die allmähliche Verständigungsbereitschaft zwischen der Union und den Literaten so eindrucksvoll wie einfühlsam und – soweit das einem Historiker erlaubt ist – voller Sympathie für Kohl und dessen waches Interesse an den geistigen Auseinandersetzungen der Zeit. An diesen Kontroversen nahm Kohl – oft unbemerkt und ohne öffentliches Tamtam – regen Anteil. Und so entwickelte sich – nach geräuschvol-

len Auseinandersetzungen zwischen den Mächtigen und den Unmächtigen in den 60er, 70er und 80er Jahren in der Gegenwart eine neue Kultur, die Rüther mit dem schönen Satz beschreibt: »Das neue Leitwort im Verhältnis zwischen Geist und Macht heißt Diskretion. Die schrille Offenbarungskultur scheint auf beiden Seiten von Geist und Macht keine Konjunktur mehr zu haben.« (S. 285) Entsprechend ist das letzte Kapitel in Anlehnung an ein berühmtes Gedicht Johann Wolfgang von Goethes auch überschrieben: »Auf den Gipfeln herrscht Ruh!«

Gleichwohl ist es keine biedermeierliche Ruhe, kein Rückfall in eine neue Innerlichkeit und sicher auch nicht die endgültige Versöhnung von Geist und Macht, die beide ihrem Wesen nach ja doch immer mehr Antipoden als Kombattanten bleiben werden. Rüthers Buch schließt mit nachdenklichen Bemerkungen zur Lage in Europa: »Neue Visionen braucht der Kontinent. Träume, die Wirklichkeit werden. Intellektuelle können dabei helfen, sie zu entwickeln und zu verbreiten.« (S. 297)

Von einem solchen Mühen ist derzeit leider weit und breit – noch – nichts zu spüren. Aber wer weiß, was die Zukunft bringt? Zu hoffen ist nach den Ereignissen der letzten Monate allerdings, dass die »neuen Visionen« verstärkt das in den Blick nehmen, was Europa in seinem Kern ausmacht: nicht Schmelztiegel zu sein, sondern eine geistige Macht. Denn der Begriff von Europa vereinigt, was im Alltag oft so unerreichbar scheint: Geist und Macht im Sinne einer Macht des Geistes miteinander zu versöhnen.

Das Buch zeigt einen ungewöhnlich versierten Umgang mit den Fragestellungen, denen es gewidmet ist, und die sein Verfasser souverän aufnimmt: Er überblickt das schier unendlich weite Feld der Thematik ausgesprochen kenntnisreich und quellengesättigt; gleichwohl ist die fast unüberschaubare Stofffülle auf eine leserfreundliche Weise gestaltet und aufbereitet. So ist dieses spannend geschriebene Buch in doppelter Hinsicht zu empfehlen: Allen nämlich, die zeitzeugenschaftlich in den letzten Jahrzehnten miterlebende Beobachter der deutschen Verhältnisse waren – aber ebenso den Jungen, die – wenn denn überhaupt – nur vom Hörensagen die geistigen Auseinandersetzungen im Westen und im Osten Deutschlands kennen. Jede Nation lebt in den Formen ihrer geistigen Bewusstwerdung. Das vielleicht

größte Verdienst Rüthers ist es, dem einen Ausdruck gegeben zu haben – einen Ausdruck zumal, bei dem es dem Leser nie langweilig wird.

Christoph Böhr

Tatjana SCHÖNWÄLDER-KUNTZE, *Philosophische Methoden – zur Einführung*, Hamburg: Junius, 2015, 192 S., € 13,90

Philosophische Methoden! Gibt's das? In einer Disputatio fragte der Nebenfachprüfer aus den Medienwissenschaften die Kandidatin, welcher Methoden sie sich in ihrer Dissertation über Camus bedient hätte. Als ihr absolut keine Antwort einfiel, murmelte ihr Doktorvater das Wort Hermeneutik.

In der Tat, gibt es in der Philosophie überhaupt eine andere Methode als die Hermeneutik? Und was macht man da? Man versucht zu verstehen. Wie macht man das? Man verknüpft etwas Unverständliches mit bereits Verstandenem, so dass man natürlich immer im hermeneutischen Zirkel bleibt.

Gibt es nicht doch noch andere philosophische Methoden? Die Münchner Philosophie-Professorin Tatjana Schönwälder-Kuntze unterscheidet deren sieben, unter die sie die Hermeneutik einordnet. Damit trifft sie eine geschickte Auswahl und greift dabei auf die moderne Philosophie seit Kant zurück, auch wenn sich damit gewisse Ein- und Ausschlusskriterien verbinden. Zwar bemerkte 1975 Paul Feyerabend in *Against Method*, dass wirklich alles möglich ist – aber selbst Gabriel Marcel oder Leo Strauss, die sich dezidiert auf Sokrates oder Platon berufen, schreiben doch anders als ihre Vorbilder, so dass man sehr wohl danach fragen darf, wie die modernen Philosophen vorgehen.

Die erste Methode bezeichnet Schönwälder-Kuntze als *transzendentes Begründen*, das sie auf Kant zurückführt. Kant zieht mit seinen drei Kritiken der Vernunft nicht nur Grenzen, sondern legt damit ein Fundament von der Vernunft immanenten Prinzipien, die einen überzeitlichen und allgemeinen Anspruch erheben: Philosophie heißt dann nach Gründen suchen, auf die man Erkenntnis und Handeln zurückführen kann. Bei Karl-Otto Apel aber auch bei Teilen der analytischen Philosophie kehrt in der neueren Philosophie ein solcher methodischer Ansatz wieder.

Die zweite Methode nennt Schönwälder-Kuntze *dialektisches Rekonstruieren*, das sie auf Hegel zurückführt, der nicht mehr von starren Begriffen ausgeht, der vielmehr deren Denkbeziehung zu folgen versucht. Widersprüche des Denkens will Hegel damit nicht wie Kant überwinden, sondern er betrachtet sie als die Spiegelungen von erkennender wie handelnder Realität des Geistes. Marx, Adorno und de Beauvoir wählt Schönwälder-Kuntze als Beispiele für verschiedene spätere Anschlüsse.

Die dritte Methode bezeichnet sie als *phänomenologisches Einklammern*, wobei sie sich auf eine Lesart von Edmund Husserls Philosophie beruft, der es gerade nicht um das Programm ›Zu den Sachen selbst‹ gehe, sondern um den geistigen Prozess, der einerseits die verbreitete Skepsis gegenüber der Erfahrungserkenntnis überwinden wie andererseits den Naturalismus in die Schranken weist, dass die Gegenstände schlicht positiv gegeben sind und erkannt werden können. Es geht Husserl um eine Struktur des Erkennens, die wissenschaftliche Erkenntnis überhaupt ermöglicht. Von den empirisch gegebenen Gegenständen wird abgesehen und der Blick auf das erkennende Subjekt gerichtet.

Die vierte Methode heißt *hermeneutisches Verstehen* und bezieht sich primär auf Hans-Georg Gadamers Konzept der Auslegung von Texten, das daraus ein Verstehen von Welt und Mensch, also eine ontologische Dimension ableitet, die auch ein historisches Bewusstsein entfaltet. Vorverständnisse lassen sich dabei nicht nur nicht ausblenden, sie besitzen vielmehr eine erhellende Kraft, die Verstehen ermöglicht.

Die fünfte Methode nennt sich *analytisches Verdeutlichen*. Sie entspringt dem Begriffsverständnis von Gottlob Frege, für den Sätze einen Wahrheitswert haben müssen, sich also auf belegbare Sachverhalte beziehen. Daran schließt Rudolf Carnaps Wissenschaftsverständnis an, während die *ordinary language philosophy* den Bezug von Wissenschaften zur Alltagssprache wiederherstellt. Es geht also primär um die Analyse von Sprache, durch die Sinn und Bedeutung klar werden sollen.

Diskursives Ordnen lautet die sechste Methode und leitet sich primär von Michel Foucault her, der das Verhältnis von Wissen und Macht untersucht und sich dabei nicht auf sprachliche Strukturen beschränkt, sondern auch diverse

nichtsprachliche Sachverhalte miteinbezieht. Diskurse entstehen aus Formationen, die den Diskurs durch Abgrenzungen und Einschließungen erzeugen.

Das Buch endet mit dem *dekonstruktiven Fragen*, das primär Jacques Derrida entwickelt hat. Es hinterfragt übliche Bedeutungs- und Sinnstrukturen durch Zerlegung in Differenzen, die Derrida letztlich auf Strukturen der Schrift zurückführt, welche ja ansonsten zumeist stiefmütterlich behandelt wurde.

Es gibt in der modernen Philosophie also wirklich mehr Methoden als nur die Hermeneutik, obwohl man dieser Auswahl vielleicht noch die eine oder andere hinzufügen könnte. Schreibt man aber über einen Philosophen wie Camus, der auch Literat war, dann liegt die Hermeneutik wirklich nahe. Nur sollte man sich dessen bewusst sein.

Hans-Martin Schönherr-Mann

Harald SEUBERT: *Philosophie. Was sie ist und sein kann*. Schwaabe Verlag, 2015, 342 S., € 48

Um es gleich vorweg zu sagen: Harald Seuberts erfrischend unkonventionelle Einführung in die Philosophie, der dieser Hinweis gilt, richtet sich keineswegs nur an akademische Fachkollegen, sondern nicht zuletzt auch an all jene, die sich über die heutige Situation der Philosophie informieren oder gar ein philosophisches Fachstudium beginnen wollen. Zwar könnte enttäuscht werden, wer den Versuch einer umfassenden systematischen Darstellung aller philosophischen Zugänge zu »Gott und der Welt« erwartet, reich belohnt wird aber, wer ohne große Umschweife zum heutigen Problemkern der Philosophie als Form der Welt- und Lebensbetrachtung wie auch als akademischer Disziplin geführt werden möchte.

Was den in Basel und München lehrenden Autor zur Niederschrift dieses Rück-, Rund- und Ausblicks motiviert hat, bringt er mit hinreichender Deutlichkeit zum Ausdruck: Es ist die Sorge um die Spaltung der Philosophie in einen argumentationsanalytisch und einen ideengeschichtlich akzentuierten Zweig – eine Spaltung, mit der zugleich auch eine akademische Parzellierung (und damit letztendlich auch Marginalisierung) Hand in Hand gehen kann. Gegenüber dieser

Tendenz zur thematischen Verengung pocht Seubert auf den einem anthropologischen Urbedürfnis entsprechenden Anspruch der Philosophie als »Erste Wissenschaft«, die Grundfragen des Lebens nach dem Woher, Wie und Wohin des Menschen stets aufs Neue stellen und beantworten zu dürfen. Vehement widersetzt er sich daher auch allen Versuchungen und Versuchen, der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts (u. a. von Nietzsche und Marx, dann aber auch wieder von Vertretern der Postmoderne) verbreiteten Kunde vom ›Tod der Philosophie‹ Gehör zu schenken. Trotz des Panoptikums der im Laufe der Menschheitsgeschichte gestellten Fragen und erteilten Antworten betont Seubert den Anspruch und die Aufgabe der *Philosophia perennis*, die sog. letzten Fragen aus einer sich stetig wandelnden Gegenwartsperspektive stets aufs neue zu reflektieren und dabei auch ihrer angestammten Rolle der Vermittlung zwischen allen anderen Wissenschaftszweigen gerecht zu werden.

Nach einem in die Thematik einführenden Praeludium diskutiert Seubert im ersten Hauptteil seines – in die Abschnitte *Stasis* und *Kinesis* gegliederten – Buches um die Wahrheits- und Freiheitstheorie bemühte Grundbegriffe der Philosophie und unternimmt dabei auch Ausflüge zu philosophischen Nebendisziplinen wie Kunst-, Religions-, Sprach-, Natur- und Geschichtsphilosophie. Im zweiten Hauptteil kreisen seine Überlegungen um Denkformen und Denkstile. In diesem Kontext stellt er insbesondere die Frage nach der Historizität der Philosophie, nach dem Verhältnis von Philosophie und Öffentlichkeit sowie dem Psychogramm des ›Philosophen‹ – und immer wieder nach der Zukunft der Philosophie. Seuberts Wunschprofil des Philosophen folgt klassischen Erwartungen. Er sieht ihn als einen allen Dogmatismen abholden, zu Pädagogik und Psychagogik – Erziehung und Seelenführung – begabten Mentor. Die Warnungen und Mahnungen, die er an die Adresse künftiger Adepten der Philosophie richtet, folgen der Linie seiner Sorge um die gegenwärtige Situation des Faches.

In dem abschließenden Abschnitt über die ›Zukunft der Philosophie‹ bündelt er noch einmal seine mehrfach anklingende Kritik an den von verschiedenen Seiten vorgetragenen Abgesängen auf die Philosophie. Dass es angesichts der geradezu explosiven Expansion des Wissens kaum mehr möglich ist, die Philosophie als Inbe-

griff aller Wissenschaften zu sehen, räumt auch Seubert ein, sieht aber trotz und jenseits dieser Unmöglichkeit noch genügend Raum für den Diskurs über jene Fragen, die weder von den Wissenschaften noch von den Religionen auf befriedigende Weise beantwortet werden können. Er wehrt sich damit auch gegen Arnold Gehlens These, dass von den Philosophien der Vergangenheit letztlich nichts übrig geblieben sei als »kulturelle Kristallisationen«. Und wenn er auch offen lässt, ob es angesichts der sich rapide verdichtenden Komplexität naturwissenschaftlicher, technischer, ökonomischer und soziokultureller Problemlagen jemals wieder Philosophen und Philosopheme geben könnte, die dem althergebrachten Anspruch der Philosophie als »Universalwissenschaft« auch nur annähernd gerecht zu werden vermögen, so besteht er doch auf jenem

»*atempto*«, das die Studierenden der altherwürdigen Alma Mater Tubingensis beim Betreten des Hauptgebäudes ihrer Universität begrüßt.

In einer eindeutig ökonomisch dominierten Phase der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation, in der die Philosophie in den Augen vieler Zeitgenossen nurmehr als zwar noble, aber im Ungefähr vergangener Welten verdämmendes oder aber in einer zwar deutlich erkennbaren, aber doch kleinen Nebenrolle auf akademischer Bühne auftretendes Relikt erscheint, möchte man sich dieses bei aller Gelehrsamkeit flott geschriebene Buch in möglichst viele Hände wünschen. Jeder Leser wird erfahren können, was der Titel verspricht: *Philosophie – was sie ist und sein kann*.

Peter Cornelius Mayer-Tasch



Differentiated Integration at the EU Member State Level

An Empirical Comparison of
European Integration Theories

Von Dr. Thomas Duttler

2016, 248 S., brosch., 59,- €

ISBN 978-3-8487-3155-8

eISBN 978-3-8452-7525-3

(*Studies on the European Union*, Bd. 11)

nomos-shop.de/27492

Mit diesem Buch werden neue Wege beschritten, denn es liefert die erste „Large-N“-Analyse zum Ausmaß der rechtlichen Differenzierung auf Ebene der EU-Mitgliedstaaten sowie einen empirischen Vergleich der bedeutendsten Integrationstheorien und einen systematischen Hypothesentest auf Basis der neuen EUDIFF-Datensätze.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos